

Landkreis Ravensburg

den 07. Jan. 2019

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 13.12.2018 in der Festhalle Horgenzell, Kornstr. 46/1, Horgenzell

Dauer 14:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Eugen Abler

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Josefine Haberkorn

Herr Rudolf Hämmerle

Herr Wilhelm Heine

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Karl Immler

Herr Thomas Kellenberger

Herr Wolfgang Kleiner

Herr Dieter Krattenmacher

«sitext» vom «sidat»

Herr Hans-Jörg Leonhardt
Herr Clemens Moll
Herr Peter Müller
Herr Christian Natterer
Herr Alois Peter
Herr Dr. Daniel Rapp
Herr Volker Restle
Frau Dr. Silke Rieser
Herr Robert Schweizer
Herr Daniel Steiner
Herr Robert Stütze
Herr Roland Weinschenk
Herr Waldemar Westermayer
Herr Josef Wurm

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle
Herr Markus Ewald
Herr Jochen Fischinger
Herr Matthias Grad
Herr Roland Haug
Herr Hans Peter Künst
Herr Rainer Magenreuter
Herr Dr. Hermann Schad
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Frau Judith Gebhardt
Herr Gereon Güldenbergl
Frau Liv Pfluger
Herr Bruno Sing
Herr Siegfried Spangenberg
Herr Heinz Strubel
Herr Dr. Ulrich Walz

Herr Roland Zintl

SPD

Herr Rudolf Bindig

Herr Peter Clément

Herr Gerhard Lang

Herr Rainer Marquart

Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

Herr Max Scharpf

Herr Siegfried Scharpf

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur und
Bürgerservice

Herr Franz Baur

Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruk-
tur

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Arbeit und Jugend

Herr Walter Sieger

Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft und
ländlicher Raum

Herr Gerd Hägele

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirt-
schaft

Herr Simon Gehringer

Amtsleiter Straßenbauamt, zu TOP 3.1

Abwesend:

CDU

Herr Dr. Ulrich Höflacher

Herr Axel Müller, MdB

Herr August Schuler, MdL

FWV

Herr Michael Lang

Herr Holger Lehr

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm

Frau Ursula Hilpert

SPD

Herr Anton Frei

Herr Jürgen Rölli

ÖDP

Herr Julian Aicher

Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0073/2018
Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP für das Jahr 2019

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

- 3.1 0192/2018
Priorisierung der Radwegeanbindung Ferienpark Allgäu in Leutkirch

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

- 3.2 0198/2018
Einführung eines JOB-Rad-Modells - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018
- 3.3 0196/2018
Zertifizierung des Landkreises Ravensburg als „Fair-Trade-Landkreis“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018
- 3.4 0193/2018
Aufbau des Hof Beck im Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben
Wolfegg – Antrag der CDU-Fraktion vom 07.12.2018
- 3.5 0200/2018
Verwendung der im Teilhaushalt 0 Produktgruppe 5440-91 "Bundesstraßen" veranschlagten Mittel - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.12.2018

3.6 0194/2018

Erarbeitung einer Abfallvermeidungsstrategie – Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

3.7 0199/2018

"Ökologische Verbreiterung" von Kreisstraßen - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.12.2018

3.8 0195/2018

Start der „Solar-Offensive des Landkreises Ravensburg“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

3.9 0197/2018

Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur durch Ertüchtigung des Aulendorfer Knotenbahnhofs - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

4. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

5. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Kreistages wurden am 28.11.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zu dem Protokoll der Sitzung vom 20.11.2018 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0073/2018

Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP für das Jahr 2019

Der Vorsitzende verweist auf die Zu-Vorlage 0073/2018/1.

Die Fraktionsvorsitzenden Restle, Spieß, Pfluger, Bindig und S. Scharpf halten nacheinander die Haushaltsreden ihrer Fraktionen.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Haushaltsreden wurden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

KR Abler nimmt Stellung zur Kritik von KRin Pfluger an seiner Rede auf dem Hamburger CDU-Parteitag am 07.12.2018.

Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 4 zu 0073/2018/1)

Im Teilhaushalt 3 (Arbeit und Soziales) (Haushaltsentwurf Seite 337) wird in der Produktgruppe 3180 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen“ bei der Schuldnerberatung

LK 4 „Wartezeit für das Erstgespräch“ die Plankennzahl von 30 Tagen auf 14 Tage herabgesetzt. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, sollen im Landratsamt dafür die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Sollte es zur Erreichung dieses Zieles erforderlich sein, zusätzliches Personal zu verwenden, wird das Landratsamt ermächtigt, dafür eine 0,5 Stelle einzurichten.

KR Bindig begründet den Antrag.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob die geplante 0,5 Stelle definitiv in den Stellenplan aufgenommen, aber nur dann besetzt werden solle, wenn es für die Zielerreichung notwendig sei.

KR Bindig bestätigt dies.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 5 zu 0073/2018/1)

Im Teilhaushalt 3 (Arbeit und Soziales) (Haushaltsentwurf Seite 358) wird beim Produkt 3690 Unterhaltsvorschussleistungen die Kennzahl bei ZK 1 „Rückgriffquote in %“ für das Haushaltsjahr mit „über 50%“ festgelegt. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, sollen im Landratsamt dafür die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Sollte es zur Erreichung dieses Zieles erforderlich sein, zusätzliches Personal zu verwenden, wird das Landratsamt ermächtigt, dafür eine 0,5 Stelle einzurichten.

KR Bindig begründet den Antrag.

KR Sing erkundigt sich, ob durch die 0,5 Stelle der Stellenanteil erhöht werde oder nur eine interne Umschichtung der Aufgaben erfolgen werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Formulierung des Antrags darauf ziele, den Stellenplan um die 0,5 Stelle zu erhöhen.

KR Gallasch möchte wissen, wie hoch der Anteil der Rückgriffquote beim Unterhaltsvorschuss sei.

Frau Raedler teilt mit, dass sie dies nicht genau beziffern könne. Bisher konnten aufgrund der unbesetzten Stelle lediglich die laufenden Anträge bearbeitet werden.

KR Restle ist der Meinung, dass sich die Verwaltung bei einem möglichen personellen Bedarf in dieser Thematik mit dem Kreistag in Verbindung setzen müsse.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 6 zu 0073/2018/1)

In den Haushalt 2019 wird für Zwecke des sozialen Wohnungswesens ein Betrag von 1 Mi. € eingestellt.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob der Betrag investiv oder konsumtiv im Haushalt eingestellt und wie die Deckung gewährleistet werden solle.

KR Bindig bittet Herrn Baur um einen Vorschlag. Die Deckung könnte aus der Reserve des Jahresergebnisses 2018 erfolgen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dies als Deckung nicht gehe und der Antrag dann zu Lasten des Jahresergebnisses 2019 gehen werde.

Herr Baur erklärt, den Betrag investiv (im Finanzhaushalt) zu verorten.

KR Immler ist der Meinung, dass der vorgeschlagene Betrag von einer Million Euro für den sozialen Wohnungsbau zu gering sei, um wirklich etwas bewirken zu können.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (11 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 7 zu 0073/2018/1)

1. Die im Teilhaushalt 0 Produktgruppe 5440-91 Bundesstraßen aufgeführten im Jahr 2018 nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 1.000.000 € zur Gründung und Betrieb eines Planungsteams Bodensee-Oberschwaben GmbH werden im Haushaltsjahr 2019 für folgende Zwecke verwendet:

500.000 € für Kurzzeitpflegplätze (Investitions- und Betriebsmittelzuschüsse)

500.000 € für den Kreisradwegebau.

2. Die in derselben Produktgruppe veranschlagten 8.000 € als „Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen“ (Mittel für die Gründung der GmbH) werden statt für den angegebenen Zweck dem Landschaftserhaltungsverband für Projekte der Biodiversität zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob die Kurzzeitpflegeplätze investiv oder konsumtiv finanziert werden sollen. Er erläutert die Beratungsfolge des Antrags. Es müsse getrennt über Nr. 1 und Nr. 2 abgestimmt werden. Bei Nr. 1 könne über die Bereitstellung folgender zusätzlicher Mittel abgestimmt werden: 500.000 € für Kurzzeitpflegeplätze und 500.000 € für den Kreisradwegbau. Er betont, es könne keine Abstimmung zu im Jahr 2018 nicht verbrauchten Mitteln erfolgen, da es sich dabei um ein Thema des Jahresabschlusses 2018 und nicht des Haushaltes 2019 handele. Er teilt mit, dass im März 2019 abschließend über die Mittel der Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH gesprochen werde.

KR Bindig schlägt vor, für die Kurzzeitpflegeplätze 250.000 € investiv und 250.000 € konsumtiv bereit zu stellen.

Beratungsergebnis zu Nr. 1: mehrheitlich abgelehnt

KR Restle stellt den modifizierten Beschlussentwurf zu Nr. 2 vor.

Daraufhin zieht KR Bindig seinen Antrag zurück.

Modifizierter Beschlussentwurf zu Nr. 2 aufgrund des Antrags von KR Restle:

Dem Landschaftserhaltungsverband werden für Projekte der Biodiversität Mittel in Höhe der Rückzahlung der Rücklage und der Stammkapitalanteile nach der Auflösung der „Pro Regio Oberschwaben-Allgäu GmbH“ zur Verfügung gestellt.

Beratungsergebnis zu Nr. 2: einstimmig beschlossen

Beschlussentwurf der Vorlage 0073/2018/1 in der Fassung der soeben erfolgten Änderungsbeschlüsse:

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule

für das Jahr 2019 werden verabschiedet.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

3.1. 0192/2018

Priorisierung der Radwegeanbindung Ferienpark Allgäu in Leutkirch

Der Vorsitzende weist auf die redaktionelle Änderung bei Satz 3 des Beschlussentwurfs hin:

„Zeitgleich wird die Maßnahme als wichtigste Maßnahme **vor allen anderen Maßnahmen** an Stelle 1 der Priorisierung **der Radwegenetzkonzeption** gesetzt.“

KR Strubel ist der Meinung, dass diese Thematik zuerst im Fachausschuss hätte besprochen werden müssen. Er möchte wissen, welche Projekte durch die Priorisierung der Radwegeanbindung Ferienpark Allgäu in Leutkirch verschoben werden müssen.

KR Dr. Walz schließt sich der Meinung des Vorredners an. Er führt aus, dass auch zahlreiche andere Radwege dringend gebaut werden müssten.

KR Henle bedankt sich, dass die Priorisierung der Radwegeanbindung Ferienpark Allgäu als Tagesordnungspunkt aufgenommen wurde. Er führt aus, dass der Radverkehr enorm zugenommen habe und sich vor Ort in kurzer Zeit bereits einige sehr problematische Situationen für die Radfahrer ergeben hätten. Er betont, dass die Stadt Leutkirch diese Maßnahme in eigener Zuständigkeit abwickeln und finanzieren werde. Der Landkreis müsse dafür keine personellen oder finanziellen Mittel aufbringen. Er erklärt, wenn die Maßnahme an Priorität 1 gesetzt werde, könne eine Förderung nach LGVFG erhalten werden.

Herr Gehringer ergänzt, dass keine anderen Radwegebaumaßnahmen beeinträchtigt werden, da die Stadt Leutkirch die Planung und die finanziellen Mittel übernehmen werde.

KR Gallasch spricht sich für den Beschlussentwurf aus. Die Überquerung der L 319 sei an dieser Stelle sehr gefährlich.

KR Peter stimmt KR Gallasch zu und betont, dass eine zeitnahe Entscheidung notwendig sei.

KR Sing spricht sich für den Beschlussentwurf aus. Eine Radweegeanbindung an den Ferienpark Allgäu in Leutkirch sei unabdingbar. Er stellt einen Antrag mit folgendem Wortlaut: „Der Radweg zwischen Baienfurt und Bergatreute soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik im Rahmen einer Mitteilungsvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

KRin Fiegel-Hertrampf stimmt KR Sing zu. Sie ist der Meinung, dass auch die Anbindung des Radverkehrs an die Gemeinde Bergatreute zügig vorangetrieben werden müsse.

KR Spangenberg möchte wissen, warum diese Thematik im Kreistag beschlossen werden müsse.

KR Henle erklärt, dass die Stadt Leutkirch die Planung und Umsetzung der Radweegeanbindung für das Land Baden-Württemberg ausführen möchte, um die Gefahrenlage zu beseitigen. Daher müsse zügig über die Priorisierung der Radweegeanbindung Ferienpark Allgäu entschieden werden, um eine Förderung vom Land zu erhalten.

KR Schmidinger ergänzt, dass dieser Beschluss nur positive Auswirkung für alle Beteiligten haben werde.

Antrag von KR Sing:

Der Radweg zwischen Baienfurt und Bergatreute soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik im Rahmen einer Mitteilungsvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung)

Beschlussentwurf der Vorlage 0192/2018:

Die Maßnahme 922 der Radwegenetzkonzeption wird in der Rubrik „Que-

rungsdefizit – hoher baulicher Aufwand“ geändert. Statt der Anlage einer Querungshilfe im Zuge der L 319 wird die Maßnahme nun als Bau einer Unterführung unter der L 319 definiert. Zeitgleich wird die Maßnahme als wichtigste Maßnahme **vor allen anderen Maßnahmen** an Stelle 1 der Priorisierung **der Radwegenetzkonzeption** gesetzt.“

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei einer Enthaltung)

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

3.2. 0198/2018

Einführung eines JOB-Rad-Modells - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei einer Gegenstimme)

3.3. 0196/2018

Zertifizierung des Landkreises Ravensburg als „Fair-Trade-Landkreis“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung)

3.4. 0193/2018

Aufbau des Hof Beck im Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg – Antrag der CDU-Fraktion vom 07.12.2018

Auf die Frage von KR Bindig antwortet KR Hämmerle, dass lediglich geprüft werden sollte, welche Lagerstandorte aufgelöst werden könnten. Die Umsetzung des Hof Beckes sollte aber zeitnah vorbereitet werden.

Beschlussentwurf:

Vor der Realisierung soll geprüft/untersucht werden, welche Lagerstandorte, in denen andere Gebäude untergebracht sind, aufgelöst werden können. Ziel ist es, möglichst viele Standorte im Sinne der Synergie aufzulösen.

Ist dafür eine Expertise bzw. Unterstützung von Dritten außerhalb der Kulturverwaltung nötig, soll diese bestellt und der Kämmerer ermächtigt werden, die Kosten hierfür durch eine Umschichtung freier Haushaltsmittel zu decken. Somit ist gewährleistet, dass das Projekt rasch umgesetzt wird.

Weiterhin sollen die Folgekosten und der laufende Unterhalt des Hof Beck aufgezeigt und beziffert werden. Bis spätestens Mitte des Jahres 2019 sollen die Ergebnisse dieser Untersuchungen dem Kreistag vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

3.5. 0200/2018

Verwendung der im Teilhaushalt 0 Produktgruppe 5440-91 "Bundesstraßen" veranschlagten Mittel - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.12.2018

Beschlussentwurf:

1. Die im Teilhaushalt 0 Produktgruppe 5440-91 Bundesstraßen aufgeführten im Jahr 2018 nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 1.000.000 € zur Gründung und Betrieb eines Planungsteams Bodensee-Oberschwaben GmbH werden im Haushaltsjahr 2019 für folgende Zwecke verwendet:

500.000 € für Kurzzeitpflegplätze (Investitions- und Betriebsmittelzuschüsse)

500.000 € für den Kreisradwegebau

2. Die in derselben Produktgruppe veranschlagten 8.000 € als „Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen“ (Mittel für die Gründung der GmbH) werden statt für den angegebenen Zweck dem Landschaftserhaltungsverband für Projekte der Biodiversität zur Verfügung gestellt.

Beratungsergebnis: Antrag für erledigt erklärt

3.6. 0194/2018

Erarbeitung einer Abfallvermeidungsstrategie – Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

3.7. 0199/2018

"Ökologische Verbreiterung" von Kreisstraßen - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der SPD-Fraktion (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen)

3.8. 0195/2018

Start der „Solar-Offensive des Landkreises Ravensburg“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (im An-

trag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei einer Gegenstimme)

3.9. 0197/2018

Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur durch Ertüchtigung des Aulendorfer Knotenbahnhofs - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei einer Gegenstimme)

4. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

KR Weinschenk dankt allen Mitgliedern des Kreistages und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2018 und wünscht erholsame Weihnachtsfeiertage.

Der Vorsitzende schließt sich diesem Dank an und lädt zum anschließenden Jahresabschlussessen ein.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Gisela Müller
Siegfried Scharpf

Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bürgermeister Volker Restle

in der Kreistagsitzung am 13. Dezember 2018 zum Kreishaushalt 2019

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Verwaltung,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

seit etwa 10 Jahren haben wir in Deutschland eine prosperierende Wirtschaft, wie man sie nur noch aus den Wirtschaftswunderjahren der Nachkriegszeit kennt. Die Arbeitslosigkeit ist nahezu historisch niedrig und der private Konsum steigt ständig. Wir könnten eigentlich das Volk mit den höchsten Zufriedenheitswerten sein. Leider wird uns aber in der Öffentlichkeit sehr oft ein Bild vermittelt, dass vieles nicht funktioniert und große Defizite in unserem Land vorhanden seien. Eine Umfrage der Wochenzeitung „Die Zeit“ hat ergeben, dass über 40 % der Bundesbürgerinnen und Bundesbürgersich ein autoritäres System vorstellen könnten. Nur die Hälfte der Menschen ist mit der Demokratie zufrieden. Und 77% der Befragten einer anderen Umfrage sind der Meinung, dass die soziale Marktwirtschaft die Reichen reicher und die Armen ärmer macht und machen die soziale Marktwirtschaft für die Ungerechtigkeit in Deutschland verantwortlich.

Die Stimmung also ist schlecht, die Unzufriedenheit groß. Und das in einer Zeit, in der vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gut waren wie schon lange nicht mehr. Vielleicht waren sie überhaupt noch nie so gut wie heute. Mir fällt kein Jahr ein, in dem die Steuereinnahmen so sprudeln, die Arbeitslosigkeit so gering ist - ja und auch das muss gesagt werden - die Unterstützung von Bund und Land für die Kommunen so hilfreich war. Auch das Thema „Flüchtlinge“ beschäftigt uns lange nicht mehr in diesem Ausmaß wie dies vor kurzem noch der Fall war.

Insgesamt optimale Rahmenbedingungen - Bedingungen die es uns erlauben, die Kreisumlage weiter zu senken, ohne dass wir den Spielraum verlieren unsere eigenen Aufgaben wahrzunehmen, die notwendigen Investitionen tätigen und die Schulden reduzieren können.

Gleichzeitig müssen wir aber die Sorgen der Menschen ernst nehmen - das gilt gerade in den zentralen Bereichen Sicherheit, Zuwanderung und Pflege. Unser Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat das in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit vor wenigen Wochen sehr gut auf den Punkt gebracht, er sagte nämlich: *„Politik muss komplizierte Zusammenhänge verständlich machen - ohne einfache Lösungen vorzugeben, wo*

es keine gibt. Und sie muss der Versuchung zu bloßen Symboldebatten widerstehen. Sie werden der Fülle an Fragen nicht gerecht, die uns auch umtreiben: Wie sichern wir die Rente in einer alternden Gesellschaft? Wo finde ich noch eine bezahlbare Wohnung? Wer pflegt heute die Angehörigen und zukünftig auch mich selbst? Welche Chancen haben meine Kinder und Enkel in der digitalisierten Welt?" Dem kann ich mich nur anschließen. Und deswegen müssen wir auf Kreisebene für alle Gruppen der Gesellschaft tun was uns möglich ist. Die Ergebnisse der Steuerschätzungen vom Mai und November 2018 sind wichtige Grundlagen der Haushaltsplanung 2019. Beide Sitzungen der Kommission ergaben sehr positive Zahlen und übertrafen die Erwartungen aus der vorherigen Schätzung deutlich. Im Ergebnis spiegelt sich in diesen Zahlen die weiterhin gute wirtschaftliche Lage in Deutschland wider und wir haben alle Grund zur Freude über diese sehr positive Entwicklung. Dadurch erhalten wir sehr hohe Finanzausweisungen die dem Landkreis viel Bewegungsspielraum eröffnen. Ob sich diese erfreuliche Tendenz aber so weiter fortsetzen wird bleibt abzuwarten.

Die Wachstumsprognosen für 2019 wurden bereits zurückgenommen. Die Auswirkung der handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China oder mit dem Iran werden auch in Deutschland Spuren hinterlassen.

Der private Konsum, einer der wesentlichen Träger der guten Binnenkonjunktur, wird zumindest im Bereich der Automobilindustrie nach den Unsicherheiten mit dem Diesel und der unbeantworteten Frage nach zukunftsfähigen Antriebssystemen nachlassen.

Auch die an den personellen Kapazitätsgrenzen stehenden Betriebe im Bauhandwerk haben einen Wachstumszenit erreicht. Die CDU Kreistagsfraktion sieht den Kreishaushalt 2019 deshalb als ein Instrument der finanziellen Vorsorge und ein Instrument, um Zukunftsthemen zügig und mutig anzugehen.

Der Haushaltsplan 2019 mit einem Rekordvolumen von 434 Millionen Euro zeigt den Landkreis als Akteur, der in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Bildung, Digitalisierung, medizinische Versorgung, Zukunftsinfrastruktur und vielem mehr, frühzeitig die Weichen stellt. Unsere finanziellen Grundlagen sind sehr solide. So wird in diesem Haushalt die Abschreibung in voller Höhe erwirtschaftet und mit einem Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt in Höhe von 27,5 Millionen Euro gelingt es eine Nettoneuverschuldung zu verhindern, Schulden abzubauen und dennoch fast 30 Millionen Euro zu investieren.

Die wirtschaftliche Situation des Landkreises Ravensburg ist ausgesprochen gut.

Durch die hohen Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden im Landkreis und den hohen Landeszuweisungen war es Kreiskämmerer Franz Baur möglich die Kreisumlage für den kommenden Haushalt um 2 %-Punkte zu senken. Ein herzliches Dankeschön für diesen Vorschlag. Da alle Kommunen im Landkreis ebenfalls vor großen Bau- und Sa-

nierungsaufgaben bei Schulen und bei der Kinderbetreuung stehen, kommt diese Entlastung zum richtigen Zeitpunkt. Dass die Integration immer noch eine Herkulesaufgabe und im Alltag für alle nicht nur Hauptamtlichen sondern auch Ehrenamtlichen fordernd ist, möchte ich an dieser Stelle nicht verschweigen. Manches geht sehr zäh, andererseits gibt es aber auch mehr positive Beispiele als man denkt. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt Forderungen an das Land gestellt. Heute möchte ich auch Danke sagen dafür, dass über die bereits vor einiger Zeit beschlossene Spitzabrechnung der Unterkunftskosten und die erheblichen Finanzmittel für die Integrationsarbeit hinaus sich das Land mit der Übernahme der Aufwendungen für geduldete Personen nochmals deutlich bewegt hat. Das wirkt sich auch in unserem Kreishaushalt positiv aus. Insofern glaube ich, dass wir hier weiter auf einem ordentlichen Weg sind, der aber noch seine Zeit dauern wird. Wir wissen dass auch in künftigen Jahren eine Zuwanderung in unser Land notwendig ist, dies aber gesetzlich durch ein Zuwanderungsgesetz geregelt werden muss. Menschen die zu uns kommen müssen integriert werden. Dazu ist ein System des Förderns und Forderns notwendig und damit dies gelingen kann, müssen alle Beteiligten in dieselbe Richtung gehen und es muss wieder ein gesellschaftlicher Konsens bei diesem Thema hergestellt werden. Wir dürfen dieses schwierige Thema nicht Gruppen überlassen die damit ungerechtfertigt zündeln um ihr politisches Süppchen zu kochen. Die gute und erfolgreiche Arbeit des Kreises und vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter in den Städten und Gemeinden im Bereich der Integration ist lobenswert und Ihnen gebührt dafür an dieser Stelle unser großer Dank. Unsere wichtigste Beteiligung, die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) werden auch für den Flaushalt 2019 keine Dividende ausschütten. Gleichzeitig entfällt der größte Teil unserer jährlichen Kreishaushaltsaufwendungen auf die Bereiche Soziales, Jugend und Familie. Wir müssen in der Sache realistisch bleiben, da wir die Entwicklungen im sozialen Bereich nicht aufhalten können. Oberstes Ziel unserer Sozialpolitik kann es deshalb nicht sein, die Not nur zu verwalten, wir müssen auch weiterhin vielmehr eine Sozialpolitik mit Hilfe zur Selbsthilfe gestalten. Neben der Umsetzung der 40 Handlungsempfehlungen unseres Seniorenpolitischen Konzepts ist und bleibt das Thema Kurzzeit- und Übergangspflege bei uns auf der Agenda. Nachdem für diese beiden Bereich jeweils eine Million Euro freigegeben wurden hoffen wir auf eine schnelle Umsetzung um den teilweisen Notstand in der Kurzzeit- und Übergangspflege eindämmen zu können. Bezüglich der Frühförderung für Kleinkinder in Kindergärten und Eingangsklassen sollten wir die flächendeckende Beratung weiter fördern und ausbauen. Wartezeiten von derzeit bis zu 5 Monaten sollten auf maximal 5 Wochen reduziert werden. Ein weiteres Anliegen unserer Fraktion ist der Ausbau von Quartierszentren zur Versorgung und Betreuung älterer Bürger im Wohn-

quartier. Um die ungeliebte „Heimunterbringung“ zu verhindern, bzw. zu verzögern sollten wir hier über einen entsprechenden Ausbau nachdenken. Das bestehende Netz unserer „Nachbarschaftshilfen“ ist ein sehr wichtiger Teil der Realisierung. Eine Stärkung des „Ehrenamtes“ durch hauptamtliche Unterstützung und Qualifizierung ist in diesem Bereich dringend erforderlich. Mit DiPers und Jobcenter ist es uns erneut gelungen die Langzeitarbeitslosigkeit im Landkreis zu bekämpfen. Unser Ziel, keine arbeitslosen Jugendlichen im Landkreis zu haben, konnten wir erneut erfüllen. Auch die Integration von Flüchtlingen ist durch diese Einrichtungen erfolgreich. Wir können uns jedoch diese Aufgaben und sozialen Standards dauerhaft nur leisten, wenn das dafür notwendige Wirtschaftswachstum gegeben ist. Investieren und wachsen müssen unsere Betriebe alleine. Wir als Landkreis müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten aber alles dafür tun, dass wir durch positive Rahmenbedingungen in unserem Landkreis beste Bedingungen dafür schaffen. Dazu gehören neben unseren Berufsschulen, auch unsere Hochschulen und auch eine funktionierende Breitbandinfrastruktur, effiziente Verwaltungsabläufe aber vor allem ein positives Denken für die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Belangen. Diese Entwicklungen müssen wir im Blick haben und nach Kräften fördern.

Die regionale Schulentwicklung hat im vergangenen Jahr zu sehr kontroversen Diskussionen geführt, in denen vor allem über die Zuordnung einzelner Ausbildungsberufe zu gewissen Standorten entschieden werden musste. Dies wurde notwendig, da in einigen Ausbildungsberufen nicht mehr die erforderlichen Schülerzahlen erreicht wurden und diese dann auf kreiseigenen Berufsschulen zusammengelegt werden mussten. Dazu wurden regionale Kompetenzzentren gebildet.

Mit unserem Ansatz der „Regionalen Schulentwicklung“ sollten folgende Ziele erreicht werden: die Schaffung von zukunftsfähigen, möglichst mehrzügigen, Schulstrukturen. Die Konzentration von Ausbildungsangeboten innerhalb den Regionen West und Allgäu. Die Erreichung von Planungssicherheit bzgl. Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen.

Die Steigerung der Attraktivität der dualen und schulischen Angebote durch eine moderne und zeitgemäße Ausstattung. Die Berücksichtigung der Identität und standortspezifischen Belangen der Schulen und weiterhin eine gute Erreichbarkeit der Ausbildungsangebote. Dies wurde zu Beginn des Jahres von uns mit großer Mehrheit im Kreistag als sog. Modell K 3 beschlossen. Die CDU Kreistagsfraktion achtete dabei auf eine ausgewogene Berufsschulstruktur an allen Standorten und hat die Entscheidung für eine zukunftsfähige und kompetente Berufsschulqualität maßgeblich beeinflusst, sodass die Umsetzung teilweise bereits zum neuen Schuljahr 2018/19 erfolgen konnten. An den

beruflichen Schulen des Landkreises stehen heute über 90.000 m² Nettogeschossfläche zur Verfügung. Der überwiegende Teil ihrer Bausubstanz wurde jedoch vor 30 bis 40 Jahren geschaffen und Instandhaltungsmaßnahmen wurden jeweils nur in recht begrenztem Umfang durchgeführt. Aus diesen drei einfachen Tatsachen lässt sich erahnen und ganz grob abschätzen, welchen Aufwand in den kommenden Jahren für Unterhaltungsmaßnahmen an unseren Schulen erforderlich sein wird. So hat IKP in einem ambitionierten Vorhaben das Schulbauprogramm 2020 auf den Weg gebracht und darin in einem Maßnahmenkatalog 60 Einzelmaßnahmen detailliert aufgelistet und dazu eine Kostenermittlung erstellt. Hierzu wurde ein Gesamtbedarf von etwa 300 Mio. € ermittelt, der in den nächsten 15-20 Jahren umgesetzt werden muss. Mit der Vorstellung dieses Großprojektes und den ersten Beratungen hierzu wurde bereits im Schul- und Kulturausschuss und bei einer Klausurtagung des Kreistages Ende November begonnen. Nach weiteren Beratungen soll am 28.03.2019 im Kreistag die Entscheidung hierfür fallen. Für die CDUKreistagsfraktion genießen eine gute Bildung und die duale Ausbildung erste Priorität. Wir sind deshalb bereit, auch in Zukunft erhebliche Mittel für den weiteren Ausbau des

Berufsschulwesens im Landkreis zur Verfügung zu stellen und die Maßnahmen entsprechend ihrer Dringlichkeit und der Ausgewogenheit an den verschiedenen Schulstandorten zu unterstützen. Neben baulichen und pädagogischen Aspekten stellt die Digitalisierung im anstehenden

Modernisierungsprozess unserer beruflichen Schulen eine der tragenden Säulen dar. Die infrastrukturellen Voraussetzungen sind anforderungsgerecht, nachhaltig und zukunftsorientiert zu schaffen, außerhalb und innerhalb der Schule. Wir begrüßen es deshalb, dass die Verwaltung beauftragt wurde, eine entsprechende Konzeption zur Digitalisierung von Schule und Unterricht für die kreiseigenen Schulen zu erarbeiten und dass hierfür Personal und Projektmittel zur Verfügung gestellt werden. Was für die CDU-Kreistagsfraktion genauso wichtig ist wie die Investitionen in Digitalisierung und Gebäude ist eine funktionierende Schülerbeförderung und Verbesserungen beim ÖPNV im Landkreis. Wir unterstützen deshalb die Verwaltung bei der Beauftragung eines Fachbüros. Obwohl unsere Fraktion generell eher skeptisch gegenüber Gutachtern eingestellt ist und lieber auf die fachliche Expertise unserer Verwaltungsfachleute vertraut, sehen wir in diesem Bereich den Bedarf von externen Sachverstand.

Wir setzen uns ein für einen guten ÖPNV zwischen den wirtschaftlichen Verflechtungszentren, wir brauchen aber auch eine gute Anbindung in der Fläche und letztendlich muss das Angebot durch Nutzungsentgelte und dem Einsatz von öffentlichen Mitteln auch bezahlbar sein.

Neben dem Thema Ausbau der Bürgerfreundlichkeit und des Bürgerservices im Rahmen der Digitalisierung ist ein weiteres großes Projekt der Zukunft die Schaffung von zeitgemäßen Arbeitsplätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes im Rahmen des „Flächen- und Standortkonzepts“. Ich möchte daher an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Lob und einen Dank aussprechen: Sie leisten trotz einer hohen Arbeitsbelastung viel. Sie gewährleisten, dass der Landkreis Tag für Tag für die Bürgerinnen und Bürger da ist - von A wie Artenschutz bis Z wie Zulassungsstelle. Den Mitgliedern dieses Gremiums ist es bewusst, dass auch das Arbeitsumfeld stimmen muss. In Zeiten des Wettbewerbs um die besten Köpfe wollen und müssen wir als Arbeitgeber attraktiv sein. Schon deshalb ist es wichtig, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Blick auf ihre Arbeitsplätze endlich bessere Perspektiven aufzeigen zu können. Zeitgemäße Arbeitsplätze sind sowohl für die Fachkräftesicherung als auch für die Fachkräftegewinnung außerordentlich wichtig. Mit der Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie haben wir nunmehr eine Grundlage zur Auswahl einer Standortvariante für die künftige Unterbringung und Bündelung der Landkreisverwaltung.

Wir begrüßen den Vorschlag der Verwaltung diese Machbarkeitsstudie in der nächsten Kreistagssitzung auf die Varianten 7, 7a und 11 zu reduzieren um an diesen dann intensiv weiterplanen zu können um alsbald eine finale Entscheidung zu treffen. Wir wollen dabei jedoch keinen Luxus und kein Schloss für den Landrat, sondern schrittweise - und die Finanzen immer im Blick, sollen Gebäude saniert und Zweckbauten entstehen, die den Anforderungen einer modernen Verwaltung wieder gerecht werden. Die Verwaltungsreformen des Landes haben uns viele Aufgaben beschert und zusätzliche Personalverantwortung übertragen. Ein besonders unerfreulicher Zustand war bisher der Unterhalt unserer Straßen: Während wir unsere Mitarbeiter mit ordentlichen Geräten ausgestattet haben, war es lange nicht möglich die Straßenmeistereien in einen zeitgemäßen Zustand zu bekommen. Nun endlich hat uns das Land ein faires Angebot unterbreitet, so dass wir die Straßenmeistereien erwerben konnten und sie nun aus ihrem Gammel-Zustand befreien werden. Beginnen werden wir mit den Sozialgebäuden in Leutkirch um dann nach und nach zeitgemäße Zustände erreichen zu können. Das ist nur ein Beispiel, dass uns alle unsere Mitarbeiter wichtig sind. Aber auch der Unterhalt und die Instandsetzung unserer Straßen und der Sonderbauwerke ist uns wichtig. Es ist uns allerdings schon etwas schleierhaft, dass die Weitsicht und Vernunft bei manchen Kolleginnen und Kollegen offenbar an unserer Landesgrenze nach Bayern endet. Während alle Fraktionen den Neubau von zwei Brücken bei Reichenhofen und Unterried im Landkreis einhellig beschlossen haben, wird bei der Brücke bei Eglofstal nach Bayern seit Jahren ein Veitstanz aufgeführt, obwohl jeder weiß, dass diese marode und viel zu niedrige Brücke

cke schlimme Hochwasser verursachen kann. Man muss sich schon ernsthaft die Frage stellen ob es hier einem gewissen Klientel darum geht, die Grenzen auf eine perfide Weise dicht zu machen? Wir jedenfalls sagen deutlich, dass es bei technischen Bauwerken um Funktionstüchtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit gehen muss. Und wir als Demokraten halten uns auch an Mehrheitsbeschlüsse. Am 6. November hat die Landesregierung die neuen „Verwaltungsvorschrift Finanzierungsbeteiligung Straßen“ verabschiedet. Diese ermöglicht es der kommunalen Ebene, selber zu planen, wenn der Staat das nicht tut oder nicht tun kann. Und in vielen Gesprächen mit Innenministerium und Verkehrsministerium ist es dem Landkreistag und insbesondere Ihnen Herr Sievers zusammen mit der Landrätin von Sigmaringen und dem Landrat des Bodenseekreises gelungen, die ursprünglich auf die Planung von Bundesstraßen beschränkte Verwaltungsvorschrift auch auf Landesstraßen auszudehnen. Und deshalb werden und müssen wir uns im kommenden Jahr nochmals mit dieser Frage beschäftigen. Erfreulich ist, dass alle unsere Bundesfernstraßenmaßnahmen beste Realisierungschancen haben. Der Moldiete-Tunnel in Ravensburg, Bad Waldsee mit seinen südlichen Ortschaften Reute und Gaisbeuren, Fronreute und Grossholzleute bei Isny haben Grund zur berechtigten Hoffnung. Neu ist auch, dass erstmals nicht mehr das Geld der begrenzende Faktor zu sein scheint, sondern der Mangel an Planungs- und Baupersonal. Was aber nützt das viele Geld für den Straßenbau, wenn die Planungsbüros und Bauverwaltungen wegen fehlenden Personals und schwierigen Verfahren nicht bauen können. Wenn die Gerüchte stimmen, dann wird das Land Baden-Württemberg auch im laufenden und kommenden Jahr die vom Bund zur Verfügung gestellten Straßenbaumittel nicht vollständig abrufen können, weil keine baureifen Planungen vorhanden sind. Trotz guter Absichten des Landes mehr Personal einstellen zu wollen es ist nicht verlässlich absehbar, dass das Land zu den angekündigten Terminen mit den Planungen beginnen wird, bzw. wie schnell diese Planungen vorangetrieben werden können. Es war deshalb, wie von uns im letzten Jahr gefordert folgerichtig, auch hier über eine kommunale Anschubfinanzierung nachzudenken. Es war auch weitsichtig, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen und gemeinsam mit dem Landkreis Sigmaringen, dem Bodenseekreis und dem Regionalverband hier eine gemeinsame regionale Lösung anzustreben. Ich hoffe, dass dies letztendlich bei den Kollegen im Bodenseekreis auch so gesehen wird um gemeinsam in der Region den dringendst erforderlichen Fernstraßenausbau zielgerichtet vorantreiben zu können. Wie im Antrag der SPD Fraktion hierzu richtig angemerkt, ist über das Thema bereits mehrfach im Kreistag und den Ausschüssen gesprochen worden. Auch hier gilt das oben gesagte, dass wir uns als Demokraten an Mehrheitsbeschlüsse halten sollten und nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit versuchen sollten diese zu untergra-

ben und gegen andere durchaus ebenfalls wichtige Themen auszuspielen und zu kippen. Wirtschaftlichkeit, Funktionstüchtigkeit und Sicherheit ist auch unser politischer Dreiklang bei der Abfallverwertung und Entsorgung. Der beste Abfall ist der, der erst gar nicht entsteht. Ist er da, wollen wir ihn wiederverwerten. Wo das nicht möglich ist, wollen wir verantwortungsvoll damit umgehen. Das bedeutet für uns, dass wir unsere eigenen Kapazitäten nutzen und ihn nicht anderen vor die Haustüre werfen. Deshalb haben wir Optimierungskonzepte für unsere Deponien in Gutenfurt und Obermooweiler entwickelt, die uns noch auf Jahre hinaus Entsorgungssicherheit einerseits geben, andererseits aber auch die hervorragende Symbiose mit unseren Nachbarn in Kempten weiter leben lassen. Überhaupt nicht zufrieden sind wir mit den Dualen Systemen in Deutschland: Was ist das nur für ein verkorkstes System geworden? Als noch unsere gute RaWEG sich darum kümmern durfte, war die Welt im Landkreis noch in Ordnung. Nun aber muss mit anonymen Kapitalgesellschaften gerungen werden und die Servicefreundlichkeit bleibt auf der Strecke. Um es deutlich zu sagen: Wir stehen dazu, dass der Gelbe Sack auch im Landkreis Ravensburg abgeholt werden soll und wir lassen solange nicht luck, bis es endlich umgesetzt ist. Auch der Erhalt der Schöpfung ist uns ein wichtiges Anliegen. So begrüßen wir nicht nur die Aktivitäten zur Verbesserung der Biodiversität, sondern sind eine aktive politische Kraft dafür. Gerne will ich auch noch ein Thema aufgreifen, das nicht unmittelbar mit der Flüchtlingsproblematik zu tun hat, durch diese aber noch drängender geworden ist, nämlich den Wohnungs- und Sozialen Wohnungsbau. Unsere vielen Gespräche, die wir in diesem und im vergangenen Jahr hierüber geführt haben, haben vor allem ein Ergebnis gebracht: Es bringt nichts, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen und ohne ein entsprechendes schlüssiges Konzept macht es keinen Sinn, heute dem Antrag der SPD Fraktion zu folgen und 1 Million Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen. Lieber Herr Bindig, ein Antrag wird auch dann nicht besser, wenn man ihn zum fünften Mal stellt. Wenn nicht die öffentliche Hand Grundstücke zu günstigen Konditionen oder planerische Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt, dann wird es nicht möglich sein, günstigen Wohnraum neu zu bauen. Und wenn günstiger Wohnraum errichtet werden soll, müssen wir aufpassen, dass kein Sozialneid und auch keine „Einfachsiedlungen“ entstehen. Also: nicht nur Wohnungen für Flüchtlinge, und nicht nur Häuser für Geringverdiener. Wir sind uns einig, dass diese Aufgabe in erster Linie vor allem eine Sache der Städte und Gemeinden ist, aber ich werde den Eindruck nicht los, dass hier bei uns noch zu wenig läuft. Wir sollten uns deshalb im nächsten Jahr im Rahmen des in der letzten Kreistagssitzung von der CDU-Kreistagsfraktion vorgeschlagenen runden Tisches zusammensetzen und diskutieren, wie der Landkreis hier auch sein Scherflein dazu beitragen könnte. Nun komme ich zu

einem in diesem Jahr erfreulichen Kapitel in unserem Kreishaushalt: Den Ergebnissen der OSK. Die OSK, meine sehr verehrten Damen und Herren, befindet sich auf einem sehr guten Weg. Sie ist in 2019 erstmalig in der Lage mit einem ausgeglichenen Ergebnis die Abschreibungen in die hohen Investitionen der OSK zu finanzieren. Die Bemühungen des Landkreises, der Geschäftsführung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den letzten Jahren haben sich gelohnt, Wir haben heute einen Krankenhauskonzern der für die Patienten Medizin in hervorragender Qualität, für die Mitarbeiter einen attraktiven und sicheren Arbeitsplatz bietet und für uns als Landkreis ein wichtiger Standortvorteil im Wettbewerb um Bürger und Arbeitsplätze ist. Damit dies so bleibt werden wir in den nächsten 4 Jahren weitere 40 Mio. Euro in die Kapitalstruktur der OSK und die Verbesserung der räumlichen Situation investieren. In der Zusammenarbeit zwischen Landkreis als kommunaler Träger und unseren hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir auch in der Zukunft unseren Bürgern Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich in hoher Qualität anbieten. Mein Dank gilt Herrn Landrat Sievers, den Mitgliedern des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der OSK für dieses Ergebnis. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt ausdrücklich mein größter Dank. Sie haben durch Einsatzbereitschaft und Treue zu unserem Krankenhausunternehmen den Sanierungserfolg erst ermöglicht. Wir sind froh, dass die Umbauarbeiten für das Hospiz im ehemaligen Krankenhaus in Leutkirch gut vorankommen und im nächsten Jahr diese wertvolle Einrichtung durch die Stiftung St. Elisabeth eröffnet wird. Wir hoffen auch, dass für das Gelände beim ehemaligen Krankenhaus in Isny möglichst bald eine gute Lösung gefunden wird. Mit der dort angestrebten Bebauung sollte aus unserer Sicht bezahlbarer Wohnraum entstehen, damit die Wohnungsnot in der Region abgemildert wird. Sehr wenig wird derzeit über das Krankenhaus Wangen gesprochen. Wir werten auch das als ein gutes Zeichen und als einen Beleg für die tolle Leistung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an allen unseren OSK-Standorten. Allerdings wissen wir auch, dass in den nächsten 10-15 Jahren weitere große Investitionen für unseren Allgäu-Standort in Wangen anstehen. Auch wenn für unsere Fraktion die Sanierung und teilweise auch der Neubau der Berufsschulgebäude die höchste Priorität hat, dürfen wir diese Investitionen nicht aus den Augen verlieren. Wir bitten die Verwaltung hier mittelfristig, in der zweiten Hälfte der nächsten Kreistagsperiode um die Erstellung eines Konzeptes für das Krankenhaus in Wangen. Der Landkreis wird nach wie vor in der kommunalen Sport- und Musikförderung engagiert bleiben, die in enger Zusammenarbeit mit dem Sportkreis Ravensburg und dem Blasmusikkreisverband erfolgt. Mit dem neu gebildeten Eigenbetrieb Kultur, der sich jetzt KULTUR! RV nennt, und dem dort gebildeten Beirat soll eine neue Kulturkonzeption für den Landkreis Ravensburg entworfen werden. Außerdem un-

terstützen wir die Initiative des Landkreises, die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Digitalisierung ihrer Archive gemäß den rechtlichen Vorgaben zu unterstützen. Den von der CDU-Kreistagsfraktion vorgeschlagen Wiederaufbau des Hofes Beck im Bauernhausmuseum in Wolfegg befürworten wir grundsätzlich und die dafür eingestellten Haushaltsmittel sollten bereitgestellt und das Projekt zeitnah umgesetzt werden.

Gleichzeitig bitten wir jedoch darum, vor der Realisierung zu untersuchen, auf welche der eingelagerten Gebäude verzichtet werden könnte und welche Lagerstandorte in denen andere Gebäude untergebracht sind aufgelöst werden können. Ziel dieser Prüfung soll es sein, möglichst viele Standorte im Sinne der Synergie aufzulösen. Sollte dafür eine Expertise bzw. Unterstützung von Dritten außerhalb der Kulturverwaltung nötig sein, soll diese bestellt und der Kämmerer ermächtigt werde die Kosten hierfür durch eine Umschichtung freier Haushaltsmittel zu decken. Somit ist gewährleistet, dass das Projekt rasch umgesetzt wird. Weiterhin sollen noch die Folgekosten und der laufende Unterhalt des Hofes Beck aufgezeigt und beziffert werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollten bis spätestens Mitte des Jahres 2019 dem Kreistag vorgelegt werden.

Sehr geehrter Herr Sievers, Sie haben mit dem Haushalt 2019 wieder ein anspruchsvolles und ambitioniertes Kursbuch vorgelegt. Diesen Kurs halten wir für richtig und die CDU-Kreistagsfraktion wird diesen Kurs im Jahr 2019 gerne weiter mitgehen und mittragen. Er zeigt auf welche Aufgaben in Zukunft auf uns zukommen und wie sie sinnvoll bewältigt werden können. Auch wenn die finanzielle Lage des Landkreises im Moment sehr gut ist, ist trotzdem für die Zukunft Vorsicht und Umsicht in Finanzfragen angesagt. Jede neue Aufgabe die wir angehen ist auf ihre Nachhaltigkeit zu untersuchen denn wir wissen nicht, ob diese gute Ausstattung des Landkreises auch in Zukunft immer so sein wird. Abschließend darf ich in diesem Sinne für das gute Miteinander zwischen Politik und Verwaltung herzlich Dank sagen. Dank dem Landrat Harald Sievers, der ersten Landesbeamtin, Frau Meschenmoser, den Dezernenten und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises, der zugehörigen Eigenbetriebe und

GmbHs, hier insbesondere der Oberschwabenklinik, welche stets um das Wohl des Landkreises und der Menschen in unserem Landkreis bemüht sind. Ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder aller Kreistagsfraktionen für die offene, kollegiale, vielfach auch freundschaftliche Zusammenarbeit und manch nette Stunde in und außerhalb dieses Gremiums. Und noch ein herzliches Dankeschön den Redakteurinnen und Redakteuren der

Schwäbischen Zeitung, des Südwestrundfunks und der weiteren Medien für die stete

Begleitung und aufgeweckte Berichterstattung. Wenn wir unseren Kreis gut in die Zukunft führen. Unseren Beitrag für Frieden und Freiheit leisten, wenn wir die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Wenn wir die Bildung und die Jugend in den Blick nehmen, wenn wir vorbildlich mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen. Wenn wir in unsere Infrastruktur und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger investieren, dann können wir mit diesem Kreishaushalt 2019 einen wichtigen Beitrag leisten. Dann können wir gemeinsam für unsere 280.000 Bürgerinnen und Bürger ein gutes Stück Zukunft gestalten, das ist unser demokratischer Auftrag !

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede des FWV-Fraktionsvorsitzenden Bürgermeister Oliver Spieß

Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrter Herr Baur, liebe Kollegen im Kreistag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Einen Vorsprung im Leben hat, wer da anpackt, wo die anderen erst einmal reden“. Dieses Zitat will ich an den Anfang meiner Haushaltsrede stellen um unser gemeinsames Wirken hier im Kreistag in den letzten Jahren zu beschreiben. Wir haben angepackt und zwar ziemlich, Ich erinnere an die beileibe nicht einfache OSK-Thematik und die Flüchtlingsunterbringung, an die Abfall- und Wertstoffentsorgung, an verschiedene Infrastrukturmaßnahmen, an soziale Programme und kulturelle Entwicklungen und und und. Und auch dieser Haushalt ist geprägt von der Überzeugung, dass wir zwar nicht immer die gleiche Richtung einschlagen, aber alle ein gemeinsames Ziel haben und sehr wohl anpacken. Vieles steht vor uns und deshalb ist es jetzt auch wichtig die richtigen Weichen zu stellen.

Dies hat die Kreisverwaltung auch mit der nachträglichen

Senkung der Kreisumlage schon einmal getan.

Meine Fraktion und ich persönlich hätten diese Erkenntnis zwar gerne früher gehabt, da die Zahlen auch so schon offensichtlich waren. Irgendwann im Laufe der letzten Wochen hatte auch unser Kämmerer Herr Baur ein schlechtes Gewissen ob seiner Millionenbeträge die auf den Konten schlummern. Es ist ja grundsätzlich nicht falsch auch Rückstellungen für künftige Investitionen zu bilden. Aber solange diese nicht schon klar vor der Tür stehen ist es unverantwortlich den Städten und Gemeinden mehr Geld zu entziehen wie nötig wäre. Ich erinnere hier immer wieder an die Verpflichtungsformel des Kreistages, für das Wohl aller Kreiseinwohnerinnen und –einwohner einzutreten. Trotz guter Steuereinnahmen geht die Schere der armen und reichen Städte und Gemeinden wie in der Gesellschaft gerade leider auseinander. Das hat dann auch nichts mit den Wünschen der immer wieder gerne angefeindeten Bürgermeisterfraktion zu tun, sondern ist eine notwendige gesetzliche Aufgabe. Und die Einführung der Dopik stellt viele Kommunalhaushalte auf die Probe. Kindergärten, Schulen, Gemeindeverbindungsstraßen, Infrastrukturmaßnahmen für die Bevölkerung erzeugen pro Kopf viel mehr Kosten als die des Kreises. Und ein Hohn ist für mich noch immer, dass das Land Baden-Württemberg selber die Dopik nicht eingeführt hat, aber dies uns aufs Auge gedrückt hat. Und da hat keine Partei in Stuttgart dafür gesorgt, dass sich dies ändert. Zur Kreisumlage noch kleiner Exkurs für manche Presseorgane und manche Mitglieder dieses hohen Hauses. Keine Gemeinde wird über Gebühr durch die Kreisumlage belastet und sie ist deshalb auch nicht ungerecht, sondern sie wird aufgrund der Steuerkraftsumme festgesetzt, die wiederum zeigt wie gut es der jeweiligen Stadt oder Gemeinde geht. Da-

her kommen die unterschiedlichen Zahlen. Rolf Engler, alles verstanden jetzt?, niemand wird also benachteiligt. Herr Baur, wir als Freie Wähler sind in unseren Berechnungen vor Ihrer Einsicht auch schon auf 2 Punkte weniger Kreisumlage gekommen und der Kreis hätte trotzdem einen guten Haushalt aufgestellt. Und da sie jetzt nochmal 5 Millionen Mehreinnahmen für 2018 und 2019 einstellen konnten hätte man nach unserer Berechnung auch die Kreisumlage um 3 Punkte senken können. Aber Konrad Adenauer sagte schon einst „Auch ein Schritt zurück ist oft ein Schritt zum Ziel“. Und deshalb können wir mit der Senkung der Kreisumlage auf 28 Punkte leben. Schön ist auch, dass der Rechnungsabschluss 2018 schon jetzt mit einem zweistelligen Millionenbetrag besser abschließt als geplant. Herr Baur haben Sie mal wieder Lust zu wetten was dann Ende Dezember herauskommen wird? Sie werden mit ihrer Mannschaft schon noch ein paar Millionen oben drauf setzen, da bin ich felsenfest überzeugt. Diese gute Finanzlage darf aber nicht zum Übermut führen. Deshalb haben wir heute als Freien Wähler keine Haushaltsrelevanten Anträge gestellt. Wir müssen einfach auch mal lernen, dann zu sparen und nicht schon wieder neue Aufgaben oder zusätzliche Stellen schaffen und unsere Ziele, vor allem sparsam zu wirtschaften, nicht aus dem Auge verlieren. Unsere geplanten Anträge und Initiativen für die nächsten Wochen werde ich hier ausführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Trotz der Senkung der Kreisumlage können wir größere Investitionen angehen. Als das für die nächsten Jahre wichtigste Thema gehen wir als Ziel die Sanierung unserer Schulen an. Anfang des Jahres haben wir zusammen einen guten und zukunftsfähigen Kompromiss für die Regionale Schulentwicklung gefasst. Nun gilt es die Weichen auch in der baulichen Hinsicht zu stellen. Die ersten absolut notwendigen Schritte wurden eingeleitet und auch in diesem Haushalt sind weitere Maßnahmen für die beruflichen Schulen eingestellt. Aber der große Brocken kommt jetzt dann noch. Die großen und zukunftsweisenden Sanierungsmaßnahmen mit auch Neubaumaßnahmen werden die nächsten Jahre den Haushalt dominieren. Wir stehen zu bestmöglichen Standorten, weil dies für die unsere Schülerinnen und Schüler, für unsere beruflichen Gymnasien und für das Duale Ausbildungssystem in unserem Landkreis die Voraussetzung ist. Dazu gehört auch die Digitalisierung der Schulen, also die sogenannten Wanka-Milliarden, die jetzt schon 4 Jahre in Berlin vor sich hinschlummern. Man kann ja jetzt trefflich streiten, ob der gerade diskutierte Weg der Richtige ist, ich persönlich bin auch kein Fan der Grundgesetzänderung. Aber es ist niemanden mehr in diesem Lande zu vermitteln, dass dieses dringend benötigte Geld auch für unsere Kreisschulen ständig und vor allem jahrelang zum Spielball von Parteien wird anstatt dies einfach mal zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler zu verteilen. Das solche Dinge die berühmte Politikverdrossenheit nach sich ziehen ist ja wohl selbstredend. Wenn wir schon von der Digitalisierung reden dann müssen wir auch von der Grundausstattung reden, nämlich der Breitbandversor-

gung mit Glasfaser in jede Schule, jeden Gewerbebetrieb und jedes Haus und ja auch in jeden Hof dieses Landkreises. All diese großen Zukunftsplanungen funktionieren nur wenn die Hardware auch vorhanden ist. Ich verweise da auch auf das zukünftige 5G Mobilnetz, das ohne einen flächendeckenden Glasfaserausbau nicht installiert werden kann. Im Landkreis Ravensburg wird der Ausbau des schnellen Internets durch die Gemeinden eigenverantwortlich geregelt. Dies auch aus dem Hintergrund das vor Jahren der Landkreis das Thema als nicht für Notwendig erachtet hat. In der Zwischenzeit hat fast jeder Landkreis dies erkannt und eigene GmbHs oder Zweckverbände gegründet und ist auch sehr oft eingestiegen den sogenannten Backbone selber für die Gemeinden zu finanzieren und zu bauen. Gelder die in Ravensburg im Landkreis dem Kreis zur Verfügung stehen, da die Gemeinden dies bei uns selber schultern. Wir Freien Wähler möchten gerne im nächsten Jahr eine Diskussion im Gremium führen wie auch der Kreis den bestehenden Zweckverband unterstützen kann, sei es durch finanzielle Mittel, sei es durch die Zurverfügungstellung von Räumen oder sei es durch Ressourcen durch Personal oder Sachmittel. In meiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzender kann ich es nicht lassen, immer wieder auf die Versäumnisse der Politik hinzuweisen. Es ist leider in Berlin und in Stuttgart noch nicht angekommen, dass dies eines der wichtigsten Themen für die Zukunft ist, sonst würde man mehr Personal für die Zuschussbearbeitung zur Verfügung stellen, mehr Einfluss auf den Ausbau nehmen, keine so schwierige und formalistische Förderprogramme entwickeln und vor allem die Gemeinden einfach mal machen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Flüchtlingskrise ist gerade erst 3 Jahre her. Wir haben es im Landkreis gemeinsam geschafft diese Herkulesaufgabe zu meistern. Die Bitte und das Ziel der Fraktion der Freien Wähler ist es aber dieses Thema von Seiten des Landkreises nicht aus den Augen zu verlieren. Die meisten Flüchtlinge sind nun in der Obhut der Gemeinden in der Anschlussunterbringung. Es ist jedoch auch weiterhin ein Thema des Landkreises, die Städte und Gemeinden und die Helferkreise brauchen den Landkreis, die vorhandenen Netzwerke, die Ehrenamtstreffen und sonstige Initiativen. Wir hoffen auch, dass die zugesagte finanzielle Unterstützung vom Land Baden-Württemberg dann auch bis zur letzten Abrechnung fließt. Das ist das Land seinen Landkreisen, Städten und Gemeinden auch schuldig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn die OSK in ruhigere Fahrwasser geraten ist, spielt sie weiterhin eine der wichtigsten Rollen im Haushalt des Landkreises. Auch im nächsten Jahr wird uns das Sanierungskonzept der OSK weiterhin ständig begleiten. Es scheint zu wirken, die Zahlen entwickeln sich positiv. Einen großen finanziellen Beitrag zur Sanierung hat das Personal geleistet,

durch frühere finanzielle Einschnitte, aber auch durch Abbau von Stellen. Wir haben daher oft den Vorwurf bekommen, dass wir die Mitarbeiter verheizen. Dies hat uns Freien Wähler immer sehr nachdenklich gemacht, aber ich möchte erklären, dass wir keine andere Wahl hatten um unsere kommunale Trägerschaft und den Fortbestand des Unternehmens auch zu sichern. Und das Problem lag ja bisher nicht an uns, sondern in der nicht auskömmlichen Finanzierung von Bund, Land und Krankenkassen. Von dem her war es schon lange geboten, dass das Pflegepersonalverstärkungsgesetz in Kraft tritt, was ja jetzt zum 01.01.2019 der Fall sein wird. Endlich kann man sagen, aber schon stellt sich die Frage ob die Finanzierung dauerhaft gesichert ist oder dann doch wieder bei den Trägern hängen bleibt. Wir werden als Freie Wähler aber im Ausschuss und im Aufsichtsrat hier eine Debatte anstoßen wie man auch das Problem der Leihkräfte anders in den Griff bekommen kann. Ich möchte mich im Namen unserer Fraktion aber bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder für die Unterstützung dieses steinigen und harten Weges danken. Wir sind stolz auf die großartige Leistung des Personals.

Wir fordern aber von der Geschäftsführung weiterhin ein, diesen Weg weiter zu gehen. Wir sehen, dass die Sanierungsmaßnahmen greifen, aber weiterhin dürfen die Anstrengungen nicht nachlassen. Danken möchten wir aber der Geschäftsführung mit Ihnen Herrn Dr. Wolf an der Spitze, Herrn Meißner von der IKP mit all Ihren Mitarbeitern für die Umsetzung des Sanierungsprozesses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie gerade auch bei der OSK erwähnt sind das Wichtigste in einem Unternehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen uns zuerst bei allen bedanken, die tagtäglich Ihre Frau oder Ihren Mann im Landratsamt stehen und hervorragende und wertvolle Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger und das möchte ich nicht vergessen auch für unsere Gemeinden leisten.

Wir stehen grundsätzlich dem vorgelegten Stellenplan und den Stellenmehrungen positiv gegenüber um die gemeinsam gesteckten Ziele auch zu erreichen. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass diese Stellen uns auf Dauer belasten werden. Wir tragen dies für 2019 mit, werden aber für die fortfolgenden Jahre schon wieder auf die Bremse treten müssen. Wir müssen im nächsten Jahr als Ziel einfordern, dass es nicht immer nur automatische Personalstellenmehrungen gibt sondern auch mal eine Obergrenze und erwarten dann von der Verwaltung auch eine daraus resultierende Organisationsverteilung innerhalb der Zielgröße. Wenn wir schon beim Personal sind dann müssen wir auch zu den Gebäuden und zur Unterbringung des Landratsamtes in Ravensburg kommen. Wir müssen hier etwas tun, weil nichts tun am Schluss teurer werden wird als sinnvoll zu investieren. Wir fanden und finden den eingeschlagenen Weg mit verschiedenen Varianten und einem Begleitarbeitskreis für

richtig. Und es war auch notwendig und sind wir dem Steuerzahler schuldig in alle Richtungen zu denken. Da muss man dann nicht hyperventilieren und von Größenwahn sprechen wenn solche Varianten dann mit Zahlen unterfüttert werden wie geschehen. Wir sind uns alle einig, dass wir zuerst die Schulen auf Vordermann bringen müssen und auch werden. Gleichzeitig sind aber die Weichen zu stellen, wie wir die nächsten 20 Jahre unsere Gebäude sanieren, umbauen und anbauen und dann auch teilweise aufgeben. Sonst können wir auch die notwendigen Veränderungen einer zukünftigen Landkreisverwaltung nicht angehen. Ich möchte aber schon nochmal auf die letztjährige Beratung hinweisen, wo wir den Umbau des Bürgerbüros als einzige Fraktion als zu schnell und zu wenig hinterfragt angesehen haben. Unsere Befürchtung und Überzeugung hat sich ja dann auch in diesem Jahr bestätigt. Das Personal erwartet aber zurecht auch eine Aussage wie es weiter geht auch wenn wie gesagt die Schulen zuerst dran sind und der Prozess sich über Jahrzehnte hinziehen wird. Aber eine Konzentration der Standorte ist unumgänglich, aber wir werden uns auf das konzentrieren was da ist. Die Infrastruktur gehört zu den wichtigsten Themenfeldern in es jeden Landkreises. Neben den Schulen sind hier auch die Straßen genannt. Wir haben ja letztes Jahr beschlossen, eine Planungsteam GmbH zu gründen. Nach der nun vorliegenden Verwaltungsvorschrift des Landes dazu werden wir im ersten Quartal 2019 hier im Gremium auch darüber beraten und endgültig entscheiden. Das wird sicherlich eine spannende und wichtige Diskussion weil es unterschiedliche Meinungen gibt. Grundsätzlich sollte ja eine originäre Aufgabe des Landes zu übernehmen nicht Aufgabe der kommunalen Seite sein. Aber wir haben die letzten Jahrzehnte leider lernen müssen, dass uns die Politik in manchen Feldern einfach im Stich lässt und wir uns selber helfen müssen. Das Paradebeispiel ist hier der Straßenbau und der Ausbau der vorhin genannten Breitbandversorgung. Wenn wir uns nicht selber helfen, wird uns niemand helfen. Hier geht's es darum die Infrastruktur des Landkreises im Sinne auch der Wirtschaft zu sichern und auszubauen und Menschen so schnell wie möglich auch vom Lärm und Dreck zu befreien.

Für eine verlässliche und nachhaltige Politik ist es aber auch unerlässlich gefasste Beschlüsse nicht ständig in Frage zu stellen Herr Bindig. Wie erwähnt werden die Anträge nicht besser, wenn man sie jedes Jahr wiederholt. Wir wissen dass Sie die Planungs GmbH nicht wollen, aber spielen Sie die Themen nicht immer gegeneinander aus.

Wenn wir das Thema Verkehr ansprechen, dann halten wir neben den Infrastrukturmaßnahmen den Ausbau des ÖPNV für das größte Ziel. Wir wollen nicht billiger werden, sondern besser, wir wollen nicht nur auf den Achsen ausbauen sondern auch in der Fläche, wir wollen das Rückgrat Schülerverkehr einbeziehen, wir wollen nicht nur einen klassischen Nahverkehrsplan sondern eine konzeptionelle Neuausrichtung mit der Möglichkeit für unserer mittelständischen Unternehmen sich dort wieder zu finden, wir setzen nicht stur auf Linien-

bündelung sondern um einen Fahrplan um den uns andere Landkreise beneiden. Wir sollten in dieses Thema noch mehr Euphorie rein bringen und sich neuen Wegen offen zeigen. Wir hoffen unser ausgewähltes Planungsbüro wird uns dabei unterstützen. Wir fordern aber aus unserer Sicht einen Begleitarbeitskreis, der sich im neuen Jahr mit auf den Weg macht und werden diesen auch in den Gremien beantragen. Das Ziel ist zusammen mit der Verwaltung unseren ÖPNV im Landkreis mehr als nur einfach auszubauen. Wir Freien Wähler sind dazu bereit und das ist wichtig, wir sind auch bereit weitere finanzielle Mittel einzubringen. Dazu gehört auch die Entwicklung flexibler Bedienformen im öffentlichen Verkehrsangebot, die Barrierefreiheit sowie die auch im ländlichen Raum nun vermehrt sinnvoll nutzbare Elektromobilität. Dies sind wir den Menschen und auch der Natur schuldig. Aber dies alles sollten wir nicht gegeneinander ausspielen, sondern gemeinsam angehen, sprich das eine tun (Straßenbau), aber das andere nicht lassen (ÖPNV).

In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch den Radwegebau ansprechen. Gegen eine Forcierung des Ausbaus haben wir nichts. Aber die Realitäten sind auch zu betrachten. Es ist sehr schwer an Grundstücke zu kommen, die Bau- und vor allem auch die vorhandenen Planungskapazitäten sind ein Hindernis.

Weiter müssen wir ganz klar den wachsenden Engpass bei der Gewerbeflächenversorgung bei einem anhaltenden Investitionsbedarf der Unternehmen ansprechen. Es ist nun einmal so, auch wenn es manche nicht hören wollen, dass das Geld, dass wir zur Verfügung haben auch von jemanden erwirtschaftet werden muss. Ohne Arbeitsplätze werden wir uns auch Projekte im Sozialbereich oder im Naturschutzbereich oder Stellenmehrungen nicht leisten können. Des Weiteren herrscht im ganzen Landkreis Wohnungsknappheit, was zur Ausweisung weiterer Wohngebiete führen sollte und es wäre absolut notwendig den § 13b des Baugesetzbuches weiter zu verlängern. Er gibt den Gemeinden die Möglichkeit schneller und vor allem kostengünstiger Wohnbauflächen auszuweisen, was den Wohnungsmarkt effektiver entlastet als Förderprogramme. Speziell das Thema Sozialer Mietwohnungsbau ist von elementarer Bedeutung und könnte hiervon profitieren. Wir können uns auch weiterhin als Ziel eine Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis vorstellen. Auch ist es möglich über den von Herrn Bindig angesprochen Kauf von Belegungsrechten als einen weiteren Weg zu diskutieren. Wir fordern die Kreisverwaltung auf hier in einem der nächsten Ausschüsse eine Vorlage zu den angesprochenen Themen zu fertigen. Danach können wir dann auch über die Finanzen reden. Wir möchten wiederholt heute schon aber darauf hinweisen, dass wir mal wieder nur der Reparaturbetrieb der großen Politik sind. Das Problem müssen Bund und Land lösen, auch in dem Sie Vorschriften zum Bau und die Ausweisung von Wohnbauland lockern.

Und wir sind auch wieder der Reparaturbetrieb beim Thema Pflege, hier speziell die Kurzzeitpflege. Natürlich sehen auch wir Freien Wähler die Notwendigkeit mehr Plätze auszuweisen. Aber woher bekommen Sie das Personal? Außerdem möchten wir noch wegen dem Antrag der SPD darauf hinweisen, dass wir erst einen Beschluss vor 2 Monaten gefasst haben und diesen erst einmal wirken lassen sollten. Und außerdem sind die Freien Wähler auch strikt gegen Betriebskostenzuschüsse. Aber wir haben wir reagiert und werden auch weiterhin unser Augenmerk darauf legen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Städte, Gemeinden und der Landkreis sitzen alle in einem Boot. Die Menschen im Landkreis erwarten von uns, dass wir die Herausforderungen und Ziele der Zukunft auch gemeinsam meistern, vor allem auch den nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen und mit Natur und Landschaft. Nur weil wir im Moment mehr Geld zur Verfügung haben, müssen wir aber aufpassen, dass wir durch dauerhafte Beschlüsse uns nicht im Handlungsspielraum einschränken. Es kommen auch mal wieder andere finanziell schwierige Zeiten.

Dank einer starken Wirtschaft und vor allem eines engagierten Mittelstandes geht's uns hier gut. Dazu besitzt dieser Landkreis etwas ganz wertvolles, nämlich zum einen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fleißige Menschen in den Betrieben und zum anderen Menschen, die mit großen und kleinen Taten, mit ihrem Wissen, Können und Interesse dazu beitragen, dass wir unseren Landkreis weiterentwickeln und weiterbringen konnten. Menschen helfen hier Menschen, sei es in Notlagen oder als Begleitung, sei es zur Bewältigung der Alltagssituationen und für ein gutes Miteinander. Dafür sagen die Freien Wähler herzlichen Dank.

Das Kreisbewusstsein ist mir und den Freien Wählern ein wichtiges Anliegen. Wir sind der Landkreis Ravensburg mit vielen verschiedenen Gebieten und Raumschaften, die sich eben nicht nur auf das Schussental und das Allgäu beschränken. Auch hier gilt gemeinsam sind wir stark. Lassen Sie uns die manchmal aufkommenden Eifersüchteleien beiseite schieben und gemeinsam den Landkreis weiter entwickeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich habe mir die Freiheit genommen einige Themen auszulassen oder nur anzureißen. Aber viele Dinge sind vorgegeben, vieles wurde hier ausführlich beraten und braucht deshalb nicht von mir nochmal bekräftigt zu werden oder sie werden mir von den anderen Fraktionen abgenommen. Wir werden dem Haushalt so zustimmen. Bei den Anträgen werden wir uns dann noch jeweils zu Wort melden.

In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank im Namen der Fraktion an die gesamte Verwaltung mit Ihnen, Herr Landrat Sievers an der Spitze, für die gute Arbeit das ganze Jahr über.

Herzlichen Dank an die Kollegen Fraktionsvorsitzenden und allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für das gute und kollegiale Miteinander. Wir haben gemeinsam viel erreicht. Auch wenn nicht alles einstimmig verabschiedet werden kann, sind wir doch der festen Überzeugung, miteinander das Beste für den Landkreis, die Städte und Gemeinden erreichen zu wollen und zu können. Lassen Sie uns auch im Wahljahr 2019 vernünftige Politik machen und uns nicht auf Populismus einlassen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen auch im Namen der Fraktion der Freien Wähler besinnliche Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2019.

Rede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / Die Grünen Liv Pfluger

Sehr geehrter Herr Sievers,
sehr geehrte Frau Meschenmoser
sehr geehrte Kollegen aus den Fraktionen,

Der vergangene Sommer war lang, schön, heiß und trocken....

Wir alle haben uns gefreut, haben aber doch auch registriert: die Folgen der Erderwärmung sind in diesen Sommer besonders markant.

Wir hatten eine Dürre von bisher nie dagewesenem Ausmaß. Unsere Region erlebte eine Trockenheit mit extrem geringen Niederschlägen in Kombination mit hohen Temperaturen von April bis November.

Das führte dazu, dass z.B. landwirtschaftliche Betriebe, die seit Jahrhunderten eigene Brunnen haben, sich an die öffentliche Wasserversorgung anschließen lassen mussten, weil eben diese Brunnen austrockneten.

Auch das Landratsamt hat aufgrund der extremen Wetterverhältnisse ein Wasserentnahmeverbot aus öffentlichen Gewässern ausgesprochen und dieses sogar bis zum 14.12. verlängert.

Deshalb ist außerordentlich wichtig, dass wir den Klimaschutz in unserem Landkreis massiv vorantreiben. Es ist eine der zentralen und bedeutendsten politischen Aufgaben für die nächsten 20 Jahre. Denn nur wenn wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, die Emission klimaschädlicher Gase zu vermeiden, können wir die Erderwärmung in Grenzen halten.

Bei vielen Menschen, die diese Beispiele nicht ignorieren wollen, war die Freude am schönen Sommer also geteilt, weil sie natürlich spüren und wissen, dass das schöne Wetter auf den Klimawandel hindeutet. Also: die Klimakrise kommt nicht, wir sind mittendrin. Nur: wir von der grünen Fraktion sehen nicht – noch nicht -, dass wir unsere kommunalen Möglichkeiten konsequent und eindeutig genug nutzen, dieser auch hier im Landkreis wirkenden globalen Bedrohung im Rahmen unserer Möglichkeiten entschieden genug entgegenzutreten.

Deshalb machen wir – wie übrigens auch im letzten Jahr – Klimakrise, Ökologie und Verkehrswende wieder zu Schwerpunkten unserer Haushaltsrede, weil wir der Auffassung sind, dass wir hier in der Kreispolitik noch entschieden mehr unternehmen können und müssen, um in eine nachhaltigere, sozusagen enkeltauglichere Richtung umzusteuern.

Wir wissen natürlich, dass die entscheidenden Veränderungsimpulse etwa bei der Kohlepolitik aus Brüssel und Berlin kommen müssten... doch darf das uns – so meinen wir – nicht zur Ausrede werden, die lokalen Handlungschancen nicht konsequenter auszuschöpfen: nur weil die ehemalige „Klima“ Kanzlerin ihren selbstverliehenen Titel leider nicht mehr verdient, sollten wir nicht ebenfalls nachgeben, sondern eben entschieden mehr tun.....

Dass der Kreistag unseren letztjährigen Impuls in Richtung einer kreisweiten Biodiversitätsstrategie einstimmig aufgenommen hat und sich nun ernsthaft anschickt, hier entscheidend voran zu kommen, freut uns Grüne natürlich sehr. Wir erwarten, dass die vorgesehenen Aktionen klug umgesetzt werden und dass dafür gesorgt wird, dass sie in der Fläche des Landkreises tatsächlich und dauerhaft ankommen. Entscheidend ist, dass wir hier nachhaltig dranbleiben, dass wir gewissenhaft prüfen, ob und wie unsere Maßnahmen wirken. In diesem Zusammenhang möchten wir auf die unseres Erachtens deutlich zu verbessernde Kontrolle der Ausgleichsflächen hinweisen: hier braucht es ein leistungsfähiges Monitoring, sonst versandet hier zu viel....

Auch auf dem Gebiet der regenerativen Energien muss der Landkreis erheblich mehr tun: die Nutzung der Solarenergie kann noch deutlich ausgebaut werden.

Wir beantragen deshalb eine Solar-Potenzialanalyse auf den Kreisliegenschaften und - darauf aufbauend – die Ausarbeitung einer Kreis-Solar-Offensive. Wir bitten außerdem zu prüfen, in welche Weise hier die Bürger des Landkreises und örtliche Energiegenossenschaften einbezogen werden können. Dazu haben wir einen Antrag formuliert.

Die ökologisch gesehen dringend notwendige Verkehrswende ist in einem ländlich geprägten Landkreis eine schwierige Langzeitaufgabe. Hier spielt die anstehende Neuordnung des ÖPNV eine entscheidende Rolle. Die Entscheidung im Verwaltungsausschuss in der letzten Woche über die Wahl des zu beauftragenden Gutachters halten wir für eine Fehlentscheidung und bedauern sie sehr.

Die Planungsphilosophie, die diesem Angebot zu Grunde lag, sollten wir aber als Maßstab bei der Umsetzung des ÖPNV-Konzepts nehmen: nämlich Einfachheit, leichte Zugänglichkeit, Zuverlässigkeit, Ausrichtung auf möglichst viele Nachfragesegmente (nicht nur auf Schülerverkehre) und gut funktionierende Transportketten, also Taktung.

Diese Ziele nicht nur auf Papier zu schreiben, sondern mit Kompetenz und Erfahrung in ein Konzept und in einen Nahverkehrsplan fließen zu lassen, wird die Herausforderung sein.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag zur Durchbindung auf der Südbahnschiene auch für die langsamen Verkehre zu sehen. Um hier nicht die entscheidenden Schritte zu verpassen, muss der Aulendorfer Knotenbahnhof zwingend ausgebaut werden.

Außerdem soll die Verwaltung gemeinsam mit anderen betroffenen Landkreisen wie Biberach die Durchbindung zwischen Ulm und Friedrichshafen auf Landesebene mit Nachdruck vertreten.

Auch ein leistungsfähiges, alltagstaugliches Radwegenetz ist unabdingbar, wenn wir den Radverkehrsanteil so deutlich steigern wollen, wie die grün-schwarze Landesregierung das vorhat. Gut ist, dass die Verbindung zwischen Baidt und Kümmerzhofen nun deutlich verbessert wurde. Eine vernünftige Radverbindung zwischen Baienfurt und Bergatreute

fehlt allerdings schmerzlich, was ja zu berechtigten Protesten und in diesem Sommer zu einer großen Radlerdemo geführt hat.

Wir erwarten, dass der Landkreis diese Forderung unterstützt und konsequent voranbringt. Wir hoffen auf offene Ohren bei unserem grünen Verkehrsminister, Signale in dieser Richtung gibt es ja wohl...

Nachdem der Landkreis auf unseren letztjährigen Antrag hin das Jobticket für seine Bediensteten eingeführt hat und sich damit tatsächlich als mitarbeiterfreundlich gezeigt hat, beantragen wir jetzt– als kleinen Teil der örtlichen Verkehrswende – für die Beschäftigten, die dies möchten, sogenannte Jobräder einzuführen. Man überträgt hierbei sozusagen das Dienstwagenprivileg auf Räder und Pedelecs und ermöglicht den Beschäftigten, günstig an hochwertige Fahrräder zu kommen. Man fördert die Fitness, bindet an die Arbeitsstelle, spart Parkplätze und fördert das Image der Mitarbeiterfreundlichkeit.

Wir beantragen deshalb die Einführung von sogenannten Jobrädern für die Angestellten des Landratsamtes. Wir hoffen auf eine baldige Beratung unseres Antrags im zuständigen Ausschuss. Als nun ausgewiesene Bio-Musterregion sollte der Landkreis auch in seinem Beschaffungswesen eine Vorbildfunktion einnehmen. Neben Städten und Gemeinden aus dem Landkreis gibt es auch diverse Schulen, die uns das bereits vormachen.

Sowohl bei den vielen Sitzungen mit Bewirtung als auch bei den internen Angeboten für die Beschäftigten und z.B. bei Präsenten des Landkreises sollte auf die vielfältigen regionalen, Bio- und Fairtrade -Produkte zurückgegriffen werden.

Wir stellen deshalb einen diesbezüglichen Antrag, den Landkreis Ravensburg Stück für Stück zu einem Fairtrade-Landkreis zu entwickeln.

Auf dem Gebiet der Abfallentsorgung führt nach unserer Beurteilung das Thema Müllvermeidung im Landkreis nach wie vor ein Schattendasein. Bedruckte Recup-Tassen und in den Schulen verteilte Vesperdosen sind eher Alibiaktionen und reichen natürlich nicht aus...

Deshalb beantragen wir, dass der Landkreis die Müllvermeidung zu einem Schwerpunktthema macht und unter anderem im Rahmen eines Workshops alle Akteure zusammenholt und eine Müllvermeidungsstrategie für den Landkreis ausarbeitet.

Nur so verlassen wir nach unserer Auffassung das unverfängliche Gebiet der Symbolaktionen und kommen in diesem Bereich voran. Auch dazu liegt Ihnen ein Antrag vor.

Die Fortschreibung des Regionalplanes und die darin festzulegende Menge des abbaubaren Kieses bewegt viele Menschen im Landkreis. Unsere Fraktion freut sich sehr darüber, wenn viele Landkreisbewohner an der Diskussion teilnehmen und aufbegehren, wenn dieser wertvolle Rohstoff in ihrem Umfeld abgebaut werden soll. Wir vertreten bei den damit verbundenen schwierigen Abwägungen den unbedingten Vorrang des Trinkwasserschutzes vor wirtschaftlichen Interessen beim Rohstoffabbau.

Wenn der Kies im Boden bleibt, schützt er durch seine Filterwirkung das lebensnotwendige Wasser vor den von uns Menschen produzierten Pestiziden und Umweltgiften und er nützt im Boden letztlich mehr als beim Bau von Straßen und Wohnungen.

Wenn uns Herr Verbandsdirektor Franke vorrechnet, dass die genehmigten Kiesmengen noch fünf bis sechs Jahre reichen, hat er wohl recht. Das heißt dann aber auch, dass wir unbedingt sparsamer mit diesem Rohstoff umgehen müssen und dass wir – und da helfen natürlich auch wegen Verknappung steigende Kiespreise – neue Verfahren entwickeln müssen, im großen Umfang Ersatzmaterialien einzusetzen. z.B. hat der Gemeinderat Aulendorf kürzlich bei der Erschließung eines Neubaugebietes den Einsatz von möglichst viel Recyclingmaterial vorgeschrieben. Wir müssen also mehr als bisher an nachfolgende Generationen denken, deren Wirtschaften wir erschweren, wenn wir den Planeten plündern: in unserer Region gilt das vor allem für den Rohstoff Kies. Konkret heißt dies, dass der Regionalverband und wir als Verantwortliche sehr genau abwägen müssen, an welchen Standorten wir weiter abbauen können und wo eine Neuerschließung noch verantwortet werden kann. Im Altdorfer Wald scheint uns dies wegen des Vorsorgeprinzips, also des unbedingten Trinkwasserschutzes, nicht genehmigungsfähig zu sein.

Unsere Beispiele mögen gezeigt haben, wo wir – auch ohne entschuldigende Verweise auf die große Politik - hier konkret und praktisch vor Ort mehr tun können, als wir aktuell tatsächlich tun. Die Kreispolitik kann und muss also unserer Auffassung nach auch unter den ungünstigen bestehenden großpolitischen Rahmenbedingungen erheblich stärker ökologisch ausgerichtet sein. Würde uns diese nachhaltigere Politik gelingen, könnte unser Kreiskämmerer - dies als Stilkritik nebenbei... - bei der Vorstellung der nächsten Haushalte vielleicht darauf verzichten, schöne Bildchen von hüpfenden – und stinkenden Geländewagen in zerstörter Natur und darin aufblitzende Rennfahrerphantasien vorzuführen. Diese Bildlichkeit erschien uns doch eigenartig rückwärtsgewandt und anachronistisch...auch die schönsten Bilder vom Geländewagenspielplatz für Erwachsene drücken nicht wirklich aus, worum es in einem dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichteten Kreishaushalt gehen sollte....wir hoffen, dass Formen hier keine künftigen Inhalte ausdrücken.....das Vorhaben in Isny wirft hier hoffentlich keine Schatten voraus!

Dass der Landkreis sich ein ambitioniertes Schulbauprogramm vornimmt, nachdem die Schulstrukturen Anfang des Jahres nach langen Debatten modernisiert werden konnten, finden wir richtig und angemessen. Die Bausummen erscheinen zwar zunächst enorm, aber die Planungen des Kämmers haben gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist, diese große Zukunftsaufgabe zu stemmen, ohne den Schuldenstand explodieren zu lassen und unsere Nachfahren damit über Gebühr zu belasten. Der Kreistag hat geschlossen dafür votiert, den Kreisschulen einen klaren Vorrang bei den künftigen Investitionen einzuräumen. Dazu passt unseres Erachtens nur bedingt, dass das Standortkonzept des Landratsamtes – konkret

mindestens weitere 140 Millionen an Ausgaben – nun doch irgendwie forciert wird – quasi nebenher und scheinbar nicht in Konkurrenz zu den 300 Millionen für die Kreisschulen.

Das verharmlosende Bild, das der Landrat bei seinem Schlussstatement auf der Wollmarshöhe kürzlich so anschaulich verwendet hat, als er von den beiden 'Körbchen' für Schulen und Standortkonzept Landratsamt gesprochen hat, in die man halt abwechselnd jeweils Millionen legen müsse – hier ein bisschen mehr, hier ein bisschen weniger - beschreibt unseres Erachtens die Größenordnungen und Prioritäten nicht angemessen: es wären zwei Riesenaufgaben und wir sind eben nicht sicher, ob das – und sei es noch so verniedlichend veranschaulicht – irgendwie halt doch parallel geht. Wir halten jedoch an der klaren Priorität für die Kreisschulen wirklich fest! Die Art und Weise, wie sich der Kulturbetrieb an die Ausarbeitung einer Kulturkonzeption gemacht hat und diese in Zusammenarbeit mit vielen Akteuren entwickeln will, ist auch in der weiteren Region ohne Parallele. Wir sehen hier viele Chancen für eine integrative, die Breite der kulturellen Themen aufgreifende, barriereesenkende Kulturarbeit, bei der wir kräftig mitwirken werden.

Auch der in Aussicht genommene Wiederaufbau des Hofes Beck im Bauernhausmuseum findet unsere klare Unterstützung. Er ist - trotz der beträchtlichen Kosten – sehr gut begründet, weil u.a. das museumspädagogische Angebot ausgebaut werden kann und die von uns immer wieder angemahnte Barrierearmut angestrebt wird.

Schlussbemerkungen

Dass wir in dieser Haushaltsrede nicht auf das Krankenhaus und nicht auf den Haushalt explizit eingehen, zeigt, dass wir uns nun offensichtlich in einer komfortablen und in einer finanziell sehr stabilen Situation befinden.

Das Krankenhaus ist bis auf einige Nachläufer weitgehend saniert und wir freuen uns über einen leistungsfähigen Klinikverbund. Nun müssen wir uns um die Themen rund um das Krankenhaus kümmern, wie etwa die Übergangs- und Kurzzeitpflege. Das dafür eine beträchtliche Summe in den Haushalt eingestellt ist, ist ein richtiger Schritt.

Die kurzfristige Absenkung der Kreisumlage auf 28 Punkte scheint im Haushalt kein Problem zu sein. Die Kurzfristigkeit der Entscheidung hat uns überrascht, den Wünschen der Kommunen und ihrer Bürgermeister wurde Rechnung getragen. Wieviel Druck hinter den Kulissen aufgebaut wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. In diesen Phasen des knallharten Interessenausgleichs taucht dann aber natürlich sofort das harmonisierende Bild der 'kommunalen Familie' auf.

Wir setzen darauf, dass die Schuldengrenze in der mittelfristigen Finanzplanung trotz teurer Investitionsprogramme und gesenkter Kreisumlage eingehalten wird. Nachhaltige Finanzpolitik plant nicht auf Kosten kommender Generationen! Das werden wir Jahr für Jahr umsichtig entscheiden müssen.

Dem Haushalt 2019 stimmen wir zu.

Mehr noch als diese Haushaltsrede hat mich aber in den letzten Tagen die Rede unseres Kreistagsmitglieds Herrn Abler auf dem Hamburger CDU Parteitag umgetrieben.

Nicht nur Ihre Parteimitglieder waren entsetzt, (wie in der Schwäbischen zu lesen war) sondern auch ich war beim Anhören erschüttert - wie viele andere auch.

Mit einem Thema bewusst zu provozieren, um persönliche Aufmerksamkeit auf einem Parteitag zu erlangen . . . bitte schön, Ihre Entscheidung.

Aber dazu dieses sensible Thema zu wählen und Schwangerschaftsabbrüche in gedanklichen Zusammenhang mit bestehendem Fachkräftemangel und Migration zu bringen – und das alles unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe – das macht mich wirklich fassungslos. Darüber kann man nicht einfach schweigend hinweggehen.

Wo bleibt denn Ihre christliche Einstellung im Verständnis von schwangeren Frauen und Paaren in der Not einer ungewollten Schwangerschaft? Welches Menschenbild und v.a. Frauenbild vertreten Sie? Ungewollte Schwangerschaften gegen Fachkräftemangel und Migranten aufzurechnen ist nicht christlich, sondern zynisch und unerträglich!

In meinem über 30jährigen Berufsleben habe ich Tausende von Gesprächen mit schwangeren Frauen und ihren Partnern geführt. Ich muss sagen, Sie haben offenbar keine Ahnung von der Lebenssituation junger Familien! Meine Motivation, mich kommunalpolitisch zu engagieren, ist genau aus diesen Gesprächen entstanden. Wir Frauen hier im Kreistag setzen uns nicht nur für mehr Frauen in der Politik ein, sondern die meisten von uns verbindet auch das sozialpolitische Interesse.

Die finanzielle Absicherung von Angeboten wie dem Frauenhaus, der Interventionsstelle, der pro familia Beratungsstelle für Schwangere, der Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch, den Psych. Beratungsstellen und vieles mehr sind uns allen wichtige Anliegen und auch Pflichtaufgaben. Es geht um frauenfreundliche, kinderfreundliche, menschenfreundliche Verhältnisse!

Dafür benötigen wir hier im Kreistag eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dieses Vertrauen haben Sie mit Ihrer Rede verspielt.

Ich würde mir wünschen, dass sich viele Kollegen eindeutig anders positionieren, damit Vertrauen und die gute Zusammenarbeit wieder wachsen kann.

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Bindig

Anrede

Die Beratung des Haushalts für das kommende Jahr ist immer ein besonderes Ereignis im Jahresablauf der Arbeit des Kreistages. Diesmal hat es dazu im Vorfeld zwei Besonderheiten gegeben.

Da ist einmal das Verhalten des Landrates selbst. Erinnern wir uns. Schon bei der Vorlage des ersten Haushaltes, der unter der Verantwortung von Herrn Landrat Sievers im Herbst 2015 für das Haushaltsjahr 2016 vorgelegt wurde, gab es einige Merkwürdigkeiten.

Damals sind wichtige Eckpunkte für die Haushaltsaufstellung im Verwaltungsausschuss – ich nenne es mal - „vorbestimmt“ worden und der Landrat hat eine Distanzhaltung zum Haushalt eingenommen. Der Landrat hat damals wörtlich gesagt, dass ihm ein Eckpunkt der Haushaltsaufstellung „gar nicht gefalle“ und er hat an die Kreisträte appelliert, das Haushaltskonstrukt nochmals zu überdenken.

Wir haben diese Distanzierung des Landrates vom eigenen Haushalt in der Haushaltsrede für den Haushalt 2016 entsprechend kommentiert und kritisiert.

Der Kreiskämmerer hat dann in seiner ihm eigenen, freundlichen, leicht verschmitzt und humorvollen Art das Zahlenwerk des Haushaltes allein vorgestellt.

So war es auch in den Folgejahren. Der Landrat hat zwar den Haushalt nicht mehr kritisiert, sondern er stand gewissermaßen sachlich neutral neben dem Ablauf des Haushaltsgeschehens. Irgendwie tat er so, als habe er mit dem Haushalt gar nichts zu tun.

Diesmal jedoch hat er nach den Erläuterungen des Kämmerers selbst das Wort ergriffen und die politischen Überlegungen, die Neuerungen und Akzentsetzungen des Haushaltes in 10 Punkten vorgestellt. Ich möchte diese Aufgabenteilung zwischen Landrat und Kämmerer ausdrücklich loben.

Jetzt ist das richtige Format gefunden worden, mit dieser Frage umzugehen. Spät kommt ihr, doch ihr kommt, Herr Landrat Sievers! Herzlich willkommen in der Haushaltsdebatte des Kreistages.

Die zweite Besonderheit dieser Haushaltseinbringung war und ist, dass die Verwaltung selbst nur wenige Wochen nach der offiziellen Einbringung im Kreistag von sich aus, wichtige Eckpunkte und Zahlen im Entwurf des Haushalts verändert hat. Mit einer Ergänzungsvorlage werden sie heute in die Kreistagsberatungen eingebracht. Dabei geht es um das Verfahren und um den Inhalt.

Für das gewählte Verfahren habe ich drei verschiedene Theorien gehört.

Die erste Theorie ist die **Demutstheorie**. Danach hat die Verwaltung nach der ursprünglichen Einbringung ein Echo aus einigen Fraktionen des Kreistages gehört und in einem „Akt freiwilliger Unterwerfung“ selbst eine Korrektur vorgenommen. Sie hat selbst vollzogen, was sonst schicksalhaft auf sie zugekommen wäre.

Die zweite Theorie für dies Verhalten ist die **Oberschlitzohr-Theorie**. Sie besagt, dass, nachdem der Kämmerer gehört hat, dass es eventuell einen Antrag geben könnte, die Kreisumlage um 3% zu senken, schnell selbst eine Senkung um 2% vorgenommen hat, um so aus der Sicht des Kreises noch Schlimmeres zu verhüten, um noch leidlich aus der Sache herauszukommen.

Die dritte Theorie, und ich hoffe, dass dies die zutreffende ist, ist die **Einsichts- oder Fairnesstheorie**. Sie besagt, dass es im Geiste eines fairen Interessenausgleiches zwischen der beiden kommunalen Ebenen, Kreis und Gemeinden, vertretbar ist, für eine bestimmte Zeit auf einige Einnahmen zu verzichten. Dies heißt aber auch, und insoweit hat dieses Verfahren zwei Seiten, dass der Kreis, wenn der Bedarf vor allem im Investiven Bereich deutlich ansteigt, wieder einem höheren Kreisumlagesatz erhalten muss. Die Bereitschaft dazu ist von einigen Rednern aus der Gruppe der Bürgermeister deutlich im Verwaltungsausschuss geäußert worden. Da kann ich nur mit Goethe sagen: Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Letztlich werden nicht Worte zählen, sondern Taten. Die letzten 6 Jahre hat sich die Kreisumlage immer nur in eine Richtung bewegt – nach unten. Und dies in guten Konjunkturjahren. Angesichts der großen Aufgaben bei der Erneuerung unserer Berufsschulen und der bürger- und mitarbeiterfreundlichen Unterbringung unserer Verwaltung, wird die Situation bald eintreten, dass der Landkreis wieder einen deutlich höheren Mittelbedarf hat. Ich hoffe, die Ausführungen einiger Redner im Verwaltungsausschuss sind gut mitprotokolliert worden. Inhaltlich tragen wir, diesen Fairnesskompromiss mit, wenn er wirklich nur eine vorübergehende Regelung darstellt, um z.B. den Gemeinden bei der Umstellung ihres Haushalts- und Rechnungswesens auf die Doppik zu helfen. Für die Umstellungskommunen ist es ungewohnt, nicht nur Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen zu müssen, sondern auch noch die Abschreibungen erwirtschaften zu müssen.

Solange der Landkreis die kommenden Investitionen im Berufsschulbereich und bei den allgemeinen Verwaltungsgebäuden erst plant und vorbereitet, mag dies angehen. In der Umsetzungsphase werden dann wieder mehr Mittel an den Landkreis gehen müssen.

Es ist schwer, so etwas wie allgemeingültige Kriterien zu finden, wie sich die Mittel zwischen den beiden Ebenen der kommunalen Träger aufteilen sollen. Der Landkreistag fordert immer wieder, dass das Kreisumlageaufkommen mindestens ausreichen muss, um den Zuschussbedarf im Sozialetat zu decken. Während dies in den Vorjahren mehrmals nicht ganz erreicht worden ist, dürfte dies, nach Auskunft des Kämmerers, selbst nach der Korrektur noch gera-

de so hinkommen. Der genannte Maßstab kann natürlich nur in Normaljahren gelten. Wenn erhebliche Investitionen getätigt werden müssen, die den Bürgerinnen und Bürgern aus den Gemeinden des Kreises direkt zu Gute kommen, kann und muss davon abgewichen werden. Bei den Berufsschulinvestitionen ist dies der Fall. Anders als bei der kameralistischen Buchführung bietet die Doppik bekanntlich die Möglichkeit, nicht nur die Einnahmen und Ausgaben zu erfassen, sondern auch das Vermögen und die Vermögensentwicklung der Kommune abzubilden. In meiner letzten Haushaltsrede habe ich mich erstmals intensiver mit der Vermögensentwicklung des Landkreises in den Jahren seit der Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens befasst und darum gebeten, die Übersicht, welche Frau Schuh dazu auf meine Bitte extra angefertigt hatte, in jeweils aktualisierter Form in den Haushaltsentwurf aufzunehmen. Dies ist im Haushaltsentwurf auf Seite 40 geschehen. Gemeinsam kriegen wir es noch hin, den Haushalt aussagekräftiger zu machen. Gel, Herr Baur und Frau Schuh, wir schaffen das! Vielen Dank. Der Tabelle ist zu entnehmen, dass das Kreisvermögen seit Einführung der Doppik Im Jahre 2009 in den meisten Vermögenswerten deutlich angestiegen ist, am stärksten natürlich durch die Krankausinvestitionen beim Sondervermögen der Eigenbetriebe. Ein wichtiger Vermögenswert nimmt jedoch ab: es handelt sich um das Infrastrukturvermögen z.B. bei Straßen und Brücken. In der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 hat das Infrastrukturvermögen rund 64 Mio. ausgemacht, Ende 2017 waren es trotz der Ersatzinvestitionen und Neubauten nur noch 57,5 Mio. Der Werteverzehr am Infrastrukturvermögen wird also durch die in diesem Bereich getätigten Investitionen nicht aufgefangen. Dabei müssen wir uns sowieso fragen, ob bei dem zur Haushaltsaufstellung benutzten Verfahren, insbesondere bei den Abschreibungssätzen, die Wertentwicklung des Vermögens angemessen wiedergegeben wird. Schon vor einigen Jahren haben wir, als die Kreisstraßen durch schwere Frostschäden geschädigt worden sind, problematisiert, ob dann nicht Sonderabschreibungen vorgenommen werden müssen.

Neulich haben Sie, Herr Landrat, auf einer Ausschusssitzung zurecht gefragt, ob die verwendeten Abschreibungszeiten bei Gebäuden mit der Realität in Einklang zu bringen sind. Für allgemeine Verwaltungsgebäude wird derzeit von einer Nutzungsdauer von 80 Jahren ausgegangen, bei den Schulimmobilien von 50 Jahren. Diese angenommenen Nutzungsdauern bilden den realen Werteverzehr derzeit nicht korrekt ab.

Es gibt hierzu, wie in den anderen Bundesländern auch, für Baden-Württemberg einen Leitfaden für die Bilanzierung von Vermögenswerten. Dieser gibt teilweise Spannbreiten vor. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die verwendeten Sätze mit den realen Gegebenheiten abzustimmen sind. Auch Sonderabschreibungen sind möglich und können geboten sein.

Hinter diesen – etwas trocken erscheinenden Bilanzierungsfragen – steckt viel politische Problematik – vielleicht sogar politischer „Sprengstoff“. Wenn andere, realistischere Ab-

Sitzung des Kreistages vom 13.12.2018 Seite 45 von 52

schreibungssätze verwendet werden, hat dies erhebliche Auswirkungen auf etliche Haushaltszahlen und natürlich auf die Werte des Ergebnishaushaltes. Wenn die Abschreibungen nicht 13,5 Mio.€ ausmachen, sondern 18 oder 20 Mio.€, verschlechtert sich das „veranschlagte ordentliche Ergebnis“ im Ergebnishaushalt entsprechend. Es kann gegebenenfalls sogar negativ werden.

Dies alles sind wichtige Grundsatzfragen der Haushaltsaufstellung. Zehn Jahre nach Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens im Landkreis sollten wir uns damit beschäftigen.

Wir haben zur „Überprüfung und Anpassung von Grundlagen der Haushaltsaufstellung“ einen Antrag erarbeitet und dem Landratsamt übermittelt. Wir haben angenommen, dass er zur Überweisung gleich heute bei der Haushaltsberatung mitbehandelt werden kann. Nun, die Auguren der Geschäftsordnungsauslegung im LA sind der Meinung, dass diese Problematik einen extra Tagesordnungspunkt erfordert und der Antrag deshalb früher hätte vorgelegt werden müssen.

Sei's drum, dann wird das Thema eben auf der nächsten Kreistagssitzung am 15. Januar 2019 behandelt. Wichtig ist, dass dies rechtzeitig vor der nächsten Haushaltsaufstellung beraten und entschieden wird.

Zwei wichtige Vermögenswerte des Landkreises werden traditionell nicht im Haushalt bilanziert, obwohl sie bei einem Überblick über das Kreisvermögen eigentlich mitbetrachtet werden müssen. Es ist unsere Vermögen an der Kreissparkasse und an der OEW.

Das Vermögen an der Kreissparkasse wächst stetig an. Die Kreissparkasse wird ihrem gemeinwohlorientierten Ansatz dadurch gerecht, dass sie verschiedenen Institutionen und Aufgaben sponsert und dafür Spenden bereitstellt. Dies entlastet indirekt auch die Kreisfinanzen. Von diesem Vermögen haben wir also was.

Das Vermögen an der OEW dagegen ist in den letzten Jahren starken Schwankungen ausgesetzt. Nach zunächst dramatischem Rückgang hat jetzt der Konsolidierungsprozess mit einer Werterholung eingesetzt. Für den Kreishaushalt allerdings wird es auch 2019 keine Einnahmen aus einer Gewinnausschüttung geben.

Zum vierten Mal gibt es eine Null. Durch die falsche CDU - Atomenergiepolitik auf Landesebene sind dem Landkreis damit in den letzten 8 Jahren aufaddiert bereits 64 Mio. entgangen. Diese Rechnung werden wir solange fortführen, bis von der OEW wieder ein angemessener Beitrag für die Kreisfinanzen erbracht wird. Erst dann lässt sich eine Bilanz des CDU-generierten Gesamtschadens vornehmen.

Der Landrat hat in seinen politischen Erläuterungen des Haushaltes 10 Punkte genannt, die Einfluss auf die Aufstellung des Zahlenwerkes hatten. Er hat genannt, wo und wie Akzente gesetzt werden.

Die Mehrzahl dieser Punkte entsprechen auch unseren Zielsetzungen und Prioritäten: im Bereich Schule und Bildung beim Bauprogramm für die Berufsschulen und der Digitalisierung, im Verkehrsbereich beim ÖPNV und dem Ausbau der E-Mobilität und bei den neueren Akzentsetzungen in Richtung auf eine Biodiversitätsstrategie des Landkreises und beim Engagement zur Schaffung von mehr Kurzzeitpflegeplätzen. Die beiden letztgenannten Punkte gehen ja im besonderen Maße auf Initiativen hier aus den Reihen des Kreistages zurück.

Wir sind sogar der Auffassung, dass im Bereich der Schaffung der Kurzzeitpflegeplätze noch mehr getan werden muss. Wer einmal mit betroffenen Angehörigen gesprochen hat, weiß, wie dringend die Schaffung von mehr Kurzzeitpflegeplätzen ist. Wir beantragen deshalb, die Mittel nochmals um 500 000 € heraufzusetzen. Während der Landkreis die Mittel rein für Investitionszuschüsse vorgesehen hat, wollen wir sie auch für Betriebsmittelzuschüsse eingesetzt wissen.

Neu im Haushalt ist, unter diesem Namen, der Mitteleinsatz für eine Biodiversitätsstrategie des Landkreises. An der Konkretisierung der Strategie und konkreten Projekten wird noch gearbeitet. Besonders hervorzuheben und zu loben ist, dass die Kreisparkasse Ravensburg angekündigt hat, jährlich bis auf Weiteres 150 000 € für Zwecke zur Förderung der Biodiversität bereitzustellen. Die Spende geht an den Landschaftserhaltungsverband. Zusammen mit 1 Mio. € aus der Sielmannstiftung lassen sich 2019 hoffentlich bereits wichtige Projekte verwirklichen.

Wir sollten uns darauf vorbereiten, dass wir künftig auch aus dem Kreishaushalt für Zwecke zum Erhalt der Biodiversität weitere und steigende Beträge einsetzen müssen. Die in jüngerer Zeit bekanntgewordenen dramatischen Zahlen über den Rückgang von Bestandszahlen und Arten bei Insekten, Vögeln, Pflanzen und, noch viel zu wenig beachtet, auch von Pilzen erfordern gesteigerte Anstrengungen auf allen politischen Ebenen.

So lobenswert der Einstieg des Landkreises ist, so muss doch gesehen werden, wie bescheiden letztlich die Beträge noch sind, die aus Mitteln des Landkreises für diese wichtige Aufgabe eingesetzt werden. 95 000 € für die Stelle eines Biodiversitätsbeauftragten beim Landschaftserhaltungsverband.

Aber auch der weiteste Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass für Natur- und Artenschutz auch bei anderen Titeln Mittel eingesetzt sind, bleibt dies hinter dem Mitteleinsatz für andere Kreisaufgaben weit zurück.

Es ist schon wichtig, sich einmal die Größenordnungen vor Augen zu führen. Für den Neubau einer beliebigen Brücke an einer Kreisstraße, muss der Kreis oftmals leicht Eigenanteile von 2 bis 3 Mio. € aufwenden, das ist mehr als das 20-fache der Aufwendungen für die Biodiversitätsstrategie. Wohlbemerkt für eine Maßnahme. Wie deutlich wird die Schieflage erst, wenn mehrere Brücken oder Baumaßnahmen mit in die Betrachtung einbezogen werden.

Da möchte man fast auf die Metapher von Martin Luther King zurückgreifen: I have a dream! Ich habe einen Traum, dass einmal mehr Mittel im Landkreis für den Erhalt der Natur und der Artenvielfalt eingesetzt werden, als für den Bau von Straßen und Brücken

Zurück zu den 10 Punkten des Landrates. Besonders interessant wird eine solche Aufzählung immer, wenn man nicht nur das betrachtet, was genannt wird, sondern besonders das betrachtet, was **nicht** genannt wird.

Da wird einmal die Gründung einer Planungsgesellschaft für die Bundesfernstraßenplanung vom Landrat nicht erwähnt. Dies geschieht aber, so lässt sich aus einer gestern veröffentlichten Presseerklärung ableiten, wohl nicht aus inzwischen erfolgter Einsicht, sondern wohl eher deshalb, weil das Thema für ihn bereits abgehakt ist, oder wird es von ihm, weil es so unangenehm ist, - verdrängt. Dies erstaunt umso mehr, da der Bodenseekreis wohl jetzt endgültig aussteigt. Im Haushalt des Bodenseekreises jedenfalls sind dafür keine Mittel vorgesehen. Wir haben dazu einen Antrag vorgelegt. Das Thema muss auf dem Tisch bleiben!

Zum anderen hat der Landrat auch das Thema Soziales Wohnungswesen nicht erwähnt. Das ist schon verwunderlich. Der Kreistag hat schließlich schon zweimal beschlossen: „Der Landkreis Ravensburg soll als Akteur und mit dem Einsatz von Mitteln im Bereich des sozialen Wohnungsbaus tätig werden.“

Im Rahmen der löblichen Bemühungen des Landrates, mehr Bewerber, insbesondere Frauen, als Kandidatinnen und Kandidaten für die nächste Kreistagswahl zu gewinnen, habe ich in der Zeitung gelesen. „Landrat sucht Chefs.“ Sehr löblich, dass sie das Verhältnis Kreistag – Verwaltung so sehen. Richtig ist auch, dass nicht einzelne Kreistagsmitglieder ihr Chef sind, sondern es ist das Kollektivorgan Kreistag. Es ist ihr Chef.

Dieser ihr Chef hat sie bereits zweimal angewiesen, im Bereich des sozialen Wohnungswesens tätig zu werden. Sie haben versucht sich aus der Aufgabe wieder raus zu winden. Da hat der Kreistag sich dagegen gewandt. Die Chefanordnung gilt also weiterhin.

Da im Kreistag bisher sowohl die Gründung einer eigenen Kreiswohnungsbaugesellschaft als auch ein spezielles Förderprogramm für den sozialen Wohnungsbau keine Mehrheit gefunden hat, machen wir mit unserem Antrag Nr. 5 einen neuen Vorschlag.

Der Landkreis soll Belegungsrechte für Wohnungen kaufen und diese Rechte für die Bereitstellung von „bezahlbarem Wohnraum“ zur Verfügung stellen. Der Kauf von Belegungs-

rechten ist ein erprobtes marktwirtschaftliches Instrument. Es wird z.B. in der Region von den Städten Friedrichshafen und Überlingen mit Erfolg angewendet. Im Landkreis Bodenseekreis ist es beantragt. Dennoch, bei unserem Antrag geht es zunächst nur um die formale Bereitstellung von Mitteln für diesen Zweck. Die letztliche Verwendung muss noch zwischen Verwaltung und Kreistag abgeklärt werden.

Über diese Punkte hinaus haben wir den Kreishaushalt sorgfältig durchgesehen. So gründlich, dass wir den Kämmerer auf einige Druckfehler auf den Seiten 371 und 425 hinweisen konnten.

Bei der Betrachtung einzelner Bereiche ist uns aufgefallen, dass die Erstkontaktzeiten bei der Schuldnerberatung unverantwortlich lang sind und die Soll- oder Zielzahlen bei der Rückgriffquote beim Unterhaltsvorschuss zu gering sind. Dazu haben wir Extra-Anträge gestellt, die wir vor der Abstimmung kurz begründen werden.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie wissen, dass wir, und gerade auch ich, in der Haushaltsrede gerne auch einmal etwas die sprachlichen Klingen kreuze. Dies macht schließlich die Würze der Debatte aus.

Gerne soll aber betont werden, dass der im Kern kollegiale Geist, der hier im Kreistag praktiziert wird, auch für uns ein wertvolles Gut ist. Er macht es möglich, dass wir zwischen und innerhalb der Fraktionen mal in dieser und jener Konstellation abstimmen.

Im Sinne dieses Gemeinschaftsgeistes erlauben sie mir am Schluss meiner Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2019 bitte noch eine kurze vorausschauende, grundlegende Bemerkung.

Dies deshalb, weil dies wahrscheinlich die letzte Haushaltsdebatte ist, die wir in dieser oder ähnlicher Zusammensetzung miteinander führen können. Ob dies nach den Wahlen noch so der Fall ist, ist zumindest ungewiss

Bei allen auch unterschiedlichen Meinungen in Einzelfragen war doch auf allen Seiten zu merken, dass wir uns auf der Basis gemeinsam anerkannter Werte bewegen.

Ob wir diese Werte, eher vom Himmel herunterholen, wie dies zumindest dem Namen nach bei der CDU der Fall ist, oder ob wir diese Werte als Humanisten vom Menschen direkt ableiten, ist dabei unbenommen. Wichtig ist die gemeinsame Wertbasis. Sie hat Eingang gefunden in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie ist die Basis unseres Grundgesetzes.

Der Schlüsselsatz dazu ist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt!“ Dies gilt auch für unsere kommunalen Tätigkeit. Wenn es künftig notwendig werden sollte, lassen sie uns in dieser Frage eng zusammenstehen. Lassen sie uns nicht über jedes Stöckchen springen, das andere uns vielleicht künftig hinhalten werden.

Wie immer geht der besondere Dank an den Kämmerer und an seine Frau- und Mannschaft, die das umfangreiche Zahlenwerk erarbeitet haben.

Ich danke ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede des ÖDP-Fraktionsvorsitzenden Siegfried Scharpf

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste und sehr geehrte Verwaltungsmitglieder,

zunächst möchte ich mich bedanken. Bedanken für Ihre Arbeit im zurückliegenden Jahr. Sie alle haben sehr gute Arbeit geleistet und für den Landkreis Ravensburg das Beste getan. Sehr vieles in der politischen Arbeit wird von Gesetzen aus Brüssel, Berlin und Stuttgart vorgegeben. Das können wir nicht ändern. Den uns verbleibenden Spielraum für politische Entscheidungen haben wir demokratisch ausgefüllt.

Jede der Fraktionen hier im Saal hat versucht, ihre Zielsetzungen zu verwirklichen. Daher ist dieser Haushalt für uns abzulehnen. Wir haben den kleinen Spielraum, der uns nach den Zahlungen für Soziales und Personal bleibt, nach Meinung der ÖDP falsch ausgenutzt.

Hier im Haus geht es fast immer um das Bauen! Natur, Umwelt und Menschen haben in unserer Wirtschaftspolitik nur einen nachrangigen Platz. Der Mensch als Kind Gottes wird so nicht mehr gesehen. Es geht um Wirtschaftsfaktoren und Wachstum. Alle hier Verantwortlichen müssen enorm viel ignorieren und wegschauen. Die ganze Erde schreit nach Heilung und Veränderung. Die Kranken wählen rechts und treten nach unten gegen Menschen, die noch ärmer dran sind als sie selbst. (Broers, Toxoplasmose) Die Volksparteien erreichen keine Mehrheiten mehr. Die Menschen spüren, dass eine Veränderung kommen muss. Die Anträge der einzelnen Fraktionen sind alle gut und zu unterstützen. Was sehr gut wäre, wenn wir den Menschen im Altkreis Wangen ihre alten WG-Nummern zurückgeben. Wir schussentaler Kreisräte sollten da nicht stur auf das RV-Kennzeichen bestehen. Vielfalt statt Einfalt gilt auch bei diesem Thema. Die groß geplante Umgehung von Gaisbeuren passt nicht mehr in die heutige Zeit und die zukünftige Mobilität. Dass wir dafür ohne Not 12 Millionen für die Planung ausgeben ist verrückt!

Der Wiederaufbau von Hof Beck im Bauernhausmuseum ist zu begrüßen. Blühende Blumenstreifen an den Straßen im Grunde auch, jedoch gehören solche Streifen auch an die Grenzen zu Wäldern und Feldern, damit nicht so viele Insekten totgefahren werden.

Wir müssen das Programm unterstützen, in dem diese unseligen Maisfelder gegen Silphien ersetzt werden. Dann würde es bei uns überall blühen und die Bienen hätten genug Nahrung. Die schlimmste Situation im Leben eines Menschen ist, wenn er Pflege braucht.

Mit den Planungsmillionen für die Umgehung Gaisbeuren können wir den Pflegenotstand im Kreis Ravensburg für immer zum Guten wenden. Das Absenken der Kreisumlage um 2 Punkte ist richtig und hilft den Städten und Gemeinden ihre Aufgaben zu lösen.

Ganz wichtige Themen sind der Neubau Landratsamt für 250 Millionen €, den wir komplett ablehnen und die Schulsanierungen für 300 Millionen €, die wir natürlich begrüßen.

Das Problem für uns ist, dass oft abgerissen werden soll und neu gebaut. Das kostet unendlich viel Ressourcen für die wir wieder Kiesabbau beim Altdorfer Wald benötigen, den wir ebenfalls komplett ablehnen. Gutes Trinkwasser muss uns heilig sein!

Wir dürfen weder unser Land ausbeuten, noch die dritte Welt. Für unseren Wohlstand, auch für die Elektromobilität, ruinieren wir ganz Afrika und erzeugen Migration. Die einzige Lösung dafür ist Bescheidenheit. Wir brauchen geniale Ideen wie man ressourcensparend sanieren kann und mit einfachem Bauen das Gleiche für die Hälfte des Geldes erreicht. Auf einem guten Weg sind wir mit dem neuen öffentlichen Nahverkehrsplan. Aber auch hier fehlt es an spritzigen Ideen. Ebenso fehlt es an mutigen Ideen, wie man der Wohnungsnot Herr wird. Wir sollten neue Wege gehen und Wohngebiete ähnlich wie Feriensiedlungen ausweisen, mit Holzhäusern samt Grundstück für 100.000,- €. Mit Verträgen, dass die Bewohner aufs Auto verzichten und Bus fahren, Schilfkläranlagen bauen und selbst Strom und Wärme erzeugen. Ein alternatives Wohnmodell für besonders bewusste Menschen, die in Gemeinschaft ein anderes Lebensmodell leben wollen. Da würden 100 Hektar Mais, den man zum Vergasen anbaut, zu einem ökologischen Paradies.

Wir haben zur heutigen Sitzung keine Anträge gestellt, um die Sache nicht zu überfrachten. Aber seien Sie versichert, das werden wir in den nächsten Monaten nachholen, damit immer in aller Ruhe darüber nachgedacht werden kann. Zum Schluss ein Wort von Antonio Guterres, Chef der UNO auf der Weltklimakonferenz:

Diese Gelegenheit zu verschleudern würde unsere letzte gute Chance zunichtemachen, einen ungebremsten Klimawandel zu stoppen. Das wäre nicht nur unmoralisch, das wäre selbstmörderisch. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen frohe und gesegnete Weihnachten und ein wirklich gutes neues Jahr.

Ihre ÖDP